DER ID MACHT IM AUGUST SOMMERPAUSE !!!

Informations-Dienst

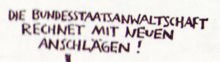
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 133 10. JULI 1976

D 1870 CX

INLAND

INTERNATIONALES





* herausgeber :
* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur :
indulis bilzens

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort „adressänderung" oder „neuabo".

INLAND

SCHÖNEN GRUSS AN DIE FREIHEIT

FRANKFURT (ID) 6. Juli „Angesichts der schweren bis allerschwersten Mängel im Sicherheitssystem der bundesdeutschen und Westberliner Justizvollzugsanstalten wie sie bei der kaum für möglich gehaltenen Befreiung von vier bis vor kurzem gefangenen Frauen zu Tage getreten sind, fordern wir die sofortige und ersatzlose Abberufung sämtlicher Justizminister, Anstaltsleiter, Justizvollzugsbeamten und -beamtinnen, sowie, um weiteren skandalösen Vorfällen dieser Art vorzubeugen, die Freilassung sämtlicher noch nicht befreiten Inhaftierten."

Frankfurter Genossen

DRUCKER UNTER DRUCK

ELLWANGEN/AALEN (ID) 7.Juli Wenn es einzig und allein nach dem Willen der Unternehmer ginge, würden in den beiden ostwürttembergischen Städten Aalen und Ellwangen zwei Betriebsräte entlassen werden, weil sie zusammen mit anderen Druckern und Setzern während des Druckerstreiks die Auslieferung von Notzeitungen teilweise verhindert haben. Die Geschäftsleitung des gut katholischen „Schwabenverlages" sprach die zwei fristlosen Kündigungen aus, die Betriebsräte legten Widerspruch ein und aufgrund des besonderen Kündigungsschutzes mußte das Arbeitsgericht entscheiden. Die 9.Kammer in Aalen sah im Verhalten eines der Betroffenen,des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats, Eckart Berger, keinen Grund zur fristlosen Kündigung und zur ENtlassung aus seinem Amt als Betriebsratsvorsitzender. Über die zweite fristlose Kündigung befindet am 20.Juli auch wieder das Arbeitsgericht Aalen.

Ungewöhnlich und nach Auffassung der IG Druck und Papier-Funktionäre einmalig im Bundesgebiet ist, daß trotz der verabschiedeten Maßregelungsklauseln Arbeiter wegen ihrer Teilnahme am Arbeitskampf gemaßregelt werden sollten. Die Maßregelungsklauseln sind Schutzbestimmungen für die am Arbeistkampf beteiligten Arbeiter - ihnen sollen aus ihrer Teilnahme am STreik keine Nachteile wie Entlassung, Schadensersatzzahlung etc. erwachsen. SOlche Maßregelungsklauseln sind auch beim Tarifabschluß am 13.Mai zwischen dem Bundesverband Druck und der Industriegewerkschaft Druck und Papier vereinbart worden. In dieser Vereinbarung heißt es in Punkt 2 a:

„Jede Maßregelung von Beschäftigten aus Anlaß der Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen in der Lohntarifauseinandersetzung für den Abschluß des Lohntarifvertrages vom 13.Mai 1976 unterbleibt oder wird rückgängig gemacht, falls sie bereits erfolgt ist", und im Punkt 2c:

„Schadensersatzansprüche aus Anlaß der Teilnahme am Arbeitskampf entfallen."

Der DGB in Aalen hat bei den Landesbezirken und bei dem Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier nachgeforscht: nirgendwo ist bekannt, daß gegen Arbeiter wegen ihrer Teilnahme am Streik arbeitsrechtlich vorgegangen wurde. Nur der „Schwabenverlag" tat es und trieb's trotz zahlreicher Versuche des DGB-Kreisverbandes, den Streit auf höherer Verbandsebene zu schlichten, auf die Spitze. Dazu der DGB-Kreisvorsitzende Hugo Stohr: „Man muß insgesamt nochmals sagen, daß es in Aalen/Ellwangen eine Eskalation von Fällen sind.
- die Fäll Eckhart und Peter Berger auf dem arbeitsrechtlichen Sektor,
- die strafrechtlichen Ermittlungen gegen 16 Kollegen wegen Nötigung, Zusammenrottung, Hausfriedesnbruch etc.
- dann kommen weiter die 15 Schadensersatzforderungen über je DM 8.000.-
- und weiter hinzu in Aalen, daß den Auszubildenden die Streiktage auf den Urlaub angerechnet werden(wo es vermutlich auch noch Prozesse geben wird)."

Passiert war folgendes: Am Abend des 6.Mai, dem ersten Tag des bundesweiten STreiks erfahren die Gewerkschafter, daß die Rotationen beim „Schwabenverlag" in Ellwangen auf Hochtouren laufen. Mit Nicht-Organisierten, mit Leuten, die im CGB (christlichen Gewerkschaftsbund) organisiert und nicht im STreik sind und mit ehemaligen Betriebsangehörigen, die als Rentner in Ellwangen leben, soll die Gesamtauflage der Notausgabe der „Schwäbischen Zeitung" Leutkirch (über 200 000 Exemplare) gedruckt werden. Des weiteren eine gemeinsame Lokalausgabe der beiden konkurrierenden Ellwanger Zeitungen „Ipf und Jagst" und „Schwäbische Post". Den Druck der gemeinsamen Lokalausgabe bezeichnen die Drucker heute als den „springenden Funken", denn, so ein Arbeiter aus dem „Schwabenverlag": „Die führen ständig Prozesse gegeneinander, schlagen sich auf die Knochen, wo sie nur können; aber wenn's gegen die Arbeiter geht. . ."

Bis 22 Uhr versammelten sich etwa 40 Drucker und Setzer aus Aalen und Ellwangen vor dem Betriebsgelände des Schwabenverlages. Zu dieser Zeit befand sich nur noch ein Zeitungs-Auslieferungsfahrzeug auf dem Gelände. Wie es dann weiterging, schilderte ein Beteiligter so:

„ Da wir wußten, daß die Lokalausgaben der beiden Konkurrenzzeitungen wahrscheinlich zuletzt gedruckt werden, haben wir uns überlegt, wie wir also verhindern können, wie die das Betriebsgelände verlassen. Ein Gedanke war der, daß wir erst einmal Sprechchöre machten sollten, um die Streikbrecher, die im Betrieb gearbeitet haben, zu beeinflussen. . . Es hat sich nichts getan. . . wir sind fotographiert worden, vom Betriebsgebäude aus. . . Uns ist eingefallen, daß es wichtig ist, den Fahrer zu beeindrucken. Denn er war für uns der entscheidende Mann. Wir haben dann den Satz ,Fahrer, überleg dir, was du tust' mit kurzen Unterbrechungen fast pausenlos in den Hof gebrüllt. Bis dann etwa um 12 Uhr sich der Lieferwagen auch in Bewegung gesetzt hat und mit hoher Geschwindigkeit auf uns zufuhr. Die Kollegen haben sich untergehakt, die Ausfahrt versperrt, haben weiterhin gerufen. Der Wagen ist auf die Leute zugerast. Wir haben den Fahrer angestarrt; der hat eine Vollbremsung einlegen müssen, daß er so knapp vor uns zu stehen kam, daß er mit mindestens zwei Kollegen Berührung hatte. Ist zurückgestoßen, hat nochmal Anlauf genommen, ist nochmals auf uns zugefahren. Die Mauer hat aber gestanden. Nachdem er gemerkt hat, daß er nicht durchkommt, ist er wieder zurückgestoßen zum Rotationsgebäude, hat den Versuch aufgegeben.

Um 0.30 Uhr kam dann zum ersten Mal die Polizei vorbei mit 3 Mann und hat sich danach erkundigt, wer der Verantwortliche wäre. Wir haben gesagt, der sitzt im Betrieb. Darauf ist der schnurstracks in den Betrieb gelaufen und kam nach fünf Minuten etwa zurück und hat dann gesagt, daß der Geschäftsführer Wert darauf legt, daß nichts passiert und er würde versichern, daß also keine Zeitung aus dem Betrieb rauskommt. Er möchte, daß die Arbeiter, die die Zeitung gemacht haben, den Betrieb verlassen können. Der Polizist, der uns das überbracht hat, hat darauf hingewiesen, daß wir uns ruhig verhalten sollten. Es wäre Nachtruhestörung, wenn wir Sprechchöre machen würden und wir sollten uns darauf verlassen, daß die Zusage des Geschäftsführers stimmt. Wir könnten heimgehen, auf deutsch.

Wir haben gesagt, wir möchten uns davon überzeugen, daß die Zusage auch stimmt und wenn jemand das Betriebsgelände verläßt, möchten wir sichergehen, daß er keine Zeitung mit sich rausschleppt. Daraufhin ist die Polizei noch da geblieben. Wir haben mit denen geredet, bis dann der erste PKW mit ein paar Streikbrechern aus dem Hof rausfuhr und wir haben dann zu denen gesagt, wir möchten sehen, ob sie Zeitungen dabei haben. Der Polizist war uns in der Weise behilflich, daß er gesagt hat, steigen sie bitte aus und zeigen sie den Leuten ihren Kofferraum und hat dann auch mit der Taschenlampe reingeleuchtet. Nachdem keine Zeitungen drin waren, haben wir ihn rausfahren lassen und die Polizei ist dann auch wieder abgezogen. Bis um 3 Uhr hat sich das mehrmals wiederholt. 5 bis 6mal sind PKWs rausgefahren, und die haben uns jedesmal den Kofferraum gezeigt. . ."

Die geschilderten Ereignisse waren für die Geschäftsleitung des „Schwabenverlages" Anlaß zu beiden Kündigungen, strafrechtlicher Verfolgung und zu Schadensersatzklagen. Die Kündigungen wurden mit Hausfriedensbruch und Nötigung begründet.

Im Arbeitsgerichtsprozeß ging es jetzt darum, zu entscheiden, ob diese „Vorfälle" durch die verabschiedete Maßregelungsklausel abgedeckt werden oder nicht. Die Geschäftsführung des „Schwabenverlages" samt Rechtsbeistand vom Verband der Druckindustrie verneinten das. Sie sprachen von massiven Ausschreitungen („sonst wäre ja wohl nicht die Polizei auf den Plan getreten"), von „erfolgter Nötigung", von „Demonstranten" und „Rädelsführern". Geschäftsführer Mäule vom Schwabenverlag erklärte, daß eine Weiterbeschäftigung des Betriebsratsvorsitzender Berger nicht in Frage käme.

Richter Nißen gab Betriebsratsvorsitzenden Berger und dem DGB recht. Er sprach vom weitgehenden Charakter der Maßregelungsklauseln und führte aus, daß es sich bei der Streikaktion zwar um eine nicht erlaubte, aber typische Arbeitskampfsituation gehandelt habe. Auch sei es nicht darum gegangen, dem Arbeitgeber Schaden zuzufügen. Deshalb sei eine Beteiligung daran durch die Schutzklauseln abgedeckt und arbeitsvertragliche Konsequenzen könnten nicht gezogen werden.

Beim DGB wird das Vorgehen des Schwabenverlages als reine Betriebsjustiz betrachtet, unter anderem auch deshalb:
- vor dem Betriebsgelände waren etwa 40 Leute, zwei hat man sich rausgegriffen;
- Schadensersatzforderungen werden gegen 15 Kollegen erhoben. Gleichwohl sind der Geschäftsleitung Arbeiter bekannt, die ebenfalls die Auslieferung der Zeitung verhindert haben - gegen die aber nicht vorgegangen wird.

Klar ist, daß die organisierten und auch nicht-organisierten Arbeiter beim „Schwabenverlag" von der Geschäftsleitung eingeschüchtert werden sollten, mehr als wahrscheinlich ist, daß der Industrieverband Druck diese Züchtigungsbereitschaft dankbar nutzten wollte, um über eine unternehmerfreundliche Auslegung der Maßregelungsklauseln das Streikrecht einzuschränken.

In Ellwangen ist seit den letzten Betriebsratswahlen erstmals die IG Druck und Papier merheitlich im Betriebsrat, vorher waren es stets Unorganisierte oder Leute vom CGB. Daß das so war, hat nicht nur nach Ansicht von Hugi Stohr seine Gründe zum Teil in der historischen Entwicklung: „Ellwangen als alte Beamtenstadt, als Wallfahrtsort und als CDU-Hochburg ist nicht gerade gewerkschaftsfreundlich eingestellt (bei den letzten Gemeinderats- und Landtagswahlen erhielt die CDU etwa 86 Prozent der Stimmen)".

Dies bekamen die streikenden Arbeiter überdeutlich zu spüren: Ellwanger Bürger, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, der Kolpingfamilie und anderer zumeist christlicher Verbände wollten in der zweiten STreiknacht den Arbeitern mit einer privaten Feuerwehrübung eine Lektion erteilen. Sie wurden im Feuerwehrhaus vom Kreisbrandmeister gestoppt, als sie bereits in Uniformen steckten. In einem Ellwanger Hinterhof stand eine Schlägertruppe bereit. Die Streikposten wurden beschimpft und kriminalisiert.

Die Bürgerwehrumtriebe, die unverhohlen von einschlägigen Ellwanger Gaststätten ausgingen, machten der Ellwanger Polizei viel mehr Sorge als die streikenden Arbeiter. Gegen Ende des Streiks sagte ein Polizist zu den Streikposten: „Wenn der Streik weitergeht, wenn weiter Streikposten aufgestellt werden, müssen wir uns überlegen, ob die Streikposten nicht unter Polizeischutz gestellt werden."

Für die meisten Beteiligten war es die erste Streikerfahrung.

RIEN NE PLUS, WA...?

AACHEN (ID)
8.Juli

Aachen hatte sein Ereignis: am 2.Juli wurde das Spielkasino Bad Aachen mit einem Galaball eröffnet. 1000 Gäste waren geladen, so auf der Ebene Curt Jürgens, Hännes Weißweiler, Willi Weiher und noch so weiter. Feinkost-Millionär Käfer besorgte das kalte Buffet (Spezialität: Wachteleier-Likör).

13 Millionen DM hat die Westdeusche Spielbankengesellschaft sich den Ausbau des neuen Kurhauses kosten lassen, um im „Bilderbuchort" Aachen eine der größten Spielbanken der BRD aufzumachen. Pro Jahr werden 200 000 Spieler aus Holland, Belgien und dem Inland erwartet, die insgesamt 2 Milliarden zurücklassen (10 000 je Nase - goldene Nasen!)

Aber auch der einfache Aachener Bürger kriegt eins auf die Nase. Die Stadt erhält 15% vom Gewinn. Dafür hat sie auch ganz schön investiert. Neben dem Kasino wurde eine Prunk-Stadthalle aufgezogen, die 45 Millionen kostete, dazu kommen der Ausbau der Quellenhofterrassen, die notwendige Tiefgarage für die fußkranke Bourgeoisie , das Parkhaus Monheimerallee.

Allein der Unterhalt der Stadthalle wird im Jahr 5 Millionen verbrauchen, bei einem geschätzten Jahresgewinn von 20 Millionen verdient die Stadt aber nur 3 Millionen.

Viele Aachener Bürger wissen auch, wo das Geld für zukünftige Defizite hergenommen werden wird. Erträgliche Bustarife, Spielplätze, Jugendhäuser werden von der „öffentlichen Hand" nicht mehr bezahlt werden können.

Und diese Bürger ließen sich die Gelegenheit mitzufeieren auch nicht entgehen. DIe Bonzenprominenz wurde auf das herzlichste begrüßt. Alle mußten durch ein Spalier pfeifender singender lärmender Lotto- und Totospieler. Und die hatten für Einsatz gesorgt. Tausende (nachgemachte) hundert-DM-Scheine wirbelten durch die Luft. Auf der Rückseite war Wissenswertes über die Spielbank zu lesen (25 000 davon waren während des Tages in der Stadt verteilt worden).

Es bildete sich ein richtiger blauer Blütenteppich, und auch durch die Schiebedächer der Rolls-Royce und Cadillacs flogen bündelweise Scheine, während die verstörten Insassen die Scheiben hochdrehten (ließen).

Die Stimmung war dufte. Einige hatten sich genauso festlich gekleidet wie die Prominenz. Es entstanden Spielbanklieder und Sprüche.

Bis spät in die Nacht war überall zu hören, daß nicht nur im Spielkasino gefeiert wurde. Eine Hundertschaft Polizei und Grüne mit Hunden sorgte dafür, daß die Grenze zwischen den Festen eingehalten wurde. In den Zeitungen am nächsten Tag hatte alles mal wieder nicht stattgefunden. Nachvollziehbar bei Wachteleiern und Likör.

BÜRO DER AUSLÄNDERBERATUNG LIQUIDIERT, BESETZT, GERÄUMT

NEU–ISENBURG (ID)
8.Juli

Am 6.Juli 1976 wurde die Ausländerarbeit in Neu-Isenburg durch den SPD-Magistrat liquidiert. Sven Lewin, ein Sozialarbeiter der Ausländerberatungsstelle, wurde fristlos gekündigt; der andere, Horst Schäfer, wurde strafversetzt. Er fliegt Ende August, wenn sein Praktikum zu Ende ist. Dadurch soll eine Arbeit kaputtgemacht werden, die immer im Interesse der Ausländer gelaufen ist. Der Magistrat hat Schiss - weil er 'ne Menge Dreck am Stecken hat. Die letzten Löcher werden an Ausländer vermietet und nichts wird dagegen getan. Im Gegenteil. Die Stadt vermietet selbst solche Löcher. Anstatt die Emigranten zu unterstützen, versucht der Magistrat ihre Organisationen, wie z.B. die Arabische Hilfsgemeinschaft, die Assoziazione Lavoratori Italiani und andere zu spalten. Radikalisierungsvorwürfe werden erhoben und nicht zurückgenommen; jedem Hausbesitzer, der die Sozialarbeiter beschimpft, wird geglaubt, . . . das ist die traurige Realität in dieser Stadt.

In einer Erklärung der Sozialarbeiter heißt es: „ Wir werden die Kündigung nicht so einfach hinnehmen. Seit Mittwoch, dem 7.Juli 1976 halten wir unser Büro besetzt! Wir werden nicht eher rausgehen, bis diejenigen Emigrantenfamilien von der Stadt Wohnungen zugesagt bekommen , die teilweise schon 4 Jahre auf einer städtischen „Dringlichkeitsliste" stehen. Wir fordern außerdem die Beseitigung katastrophaler Wohnverhältnisse in der Baracke der Firma Algü-Bau und in den Häusern Bahnhofstr. 108 und Gartenstr. 27. Ferner fordern wir die strafrechtliche Verfolgung der Hausbesitzer und Spekulanten: Dörr, Schäfer, Gackstätter, Stroh, Heidler, Hirschkorn. .

Eine Stadt, die sich selbst für 50 000 DM Kronleuchter für den Stadtverordnetensaal bewilligt, für 1,4 Mio DM das Haus „Zum Löwen" renoviert, um damit bei der Wahl hausieren zu gehen - andererseits aber die dreckigsten Wohnverhältnisse duldet, ham wir satt."

Nur einen Tag später ließ der erste Stadtrat Beckern mit Hilfe der Polizei, Arbeitern des Bauhofs und der Feuerwehr das inzwischen verbarrikadierte Büro der Ausländerberatung räumen.

Dies war bis jetzt der Höhepunkt einer mit unglaublichen Mitteln durchgeführten Strategie. Der SPD mit ihrem Neu-Isenburger Vertreter Becker geht es nicht darum, soziale Mißstände zu beseitigen, sondern erfolgreiche Organisationsansätze zu zerschlagen. Am Abend vor der Räumung z.B. taucht Becker in dem Isenburger Palästinensertreffpunkt auf,angeblich weil er seiner Familie ein Eis holen wollte und sich dachte - „ach gehste mal vorbei". Er erzählt dann den Palästinensern, wie intelligent Herr Lewin doch sei, daß er natürlich auch nicht wegen seiner politischen Ansichten gekündigt worden sei - nein, nein - er hat seinen Dienst nicht gewissenhaft erledigt. Und er selber sei doch nur ein kleiner Mann, der gar nichts enscheiden könne. Alle würde von höherer Stelle entschieden. So hätte z.B. das LKA angerufen und gesagt, daß in der Nähe von bestimmten Palästinenserwohnungen Arbeiterwohnwagen aufgestellt würden, die ein bißchen die Straße aufreißen würden. Also er, Becker, könne da wie gesagt überhaupt nichts gegen derartige Dinge machen. . .

Was er kann, zeigt sich in Drohungen den Sozialarbeitern gegenüber: ist es nicht Bestechung, wenn man sich um die Belange der Ausländer kümmert, Hausbesuche macht, zu einem Spagettiessen eingeladen wird - und diese Einladung annimmt?

STRASSENAKTION FÜR EIN HAUS FÜR GESCHLAGENE FRAUEN

FRANKFURT (ID) 8. Juli

Die Projektgruppe „Frauen helfen Frauen' hat am Samstag, dem 3.Juli auf der Frankfurter Hauptwache einen Informationsstand durchgeführt. Wir sind eine Gruppe von 40 Frauen und haben uns zusammengetan, um die Initiative zur Errichtung eines Hauses für mißhandelte Frauen zu ergreifen,

Wir fühlen uns alle der Frauenbewegung zugehörig. Uns geht es bei diesem Projekt darum, ähnlich wie bei den Kampagnen zum § 218, das Schweigen und die Unwissenheit über das Ausmaß der Gewalt, der Frauen in Ehen und Familien ausgesetzt sind, zu durchbrechen. Wie bei den Abtreibungen zeigt sich: solange die Betroffenen selbst nicht auf eine Lösung des Problems drängen, wird sich nichts ändern.

Vordringlichste Aufgabe für uns ist es, ein Haus zu finden und Geld zur Finanzierung aufzutreiben. Die Aktion auf der Hauptwache sollten das Projekt „Frauenhaus" in der Öffentlichkeit bekannt machen, um Unterstützung in der Öffentlichkeit werben und Spenden sammeln.

Aufhänger für die Aktion war die Suche nach „Frau X", die einem Bericht der Frankfurter Rundschau zu Folge für ein vom SPD-Magistrat geplantes Haus für mißhandelte Frauen einen Betrag von mindestens DM 500 000,- spenden will. Wir sehen nicht ein, warum diese Riesenspende dem Magistrat zufließen soll, wo wir das Geld genauso dringend zur Verfügung haben müssen.

Anders als die SPD wollen wir ein Haus einrichten, in dem

— alle betroffenen Frauen jederzeit Zuflucht finden. Das Haus soll Tag und Nacht für Frauen in Not zugänglich sein. Das Haus soll nicht auf eine bestimmte Bettenzahl beschränkt bleiben. Wenn zu wenig Platz vorhanden ist, bedeutet das, daß schleunigst ein weiteres Haus zur Verfügung gestellt werden muß. Sie können solange in dem Haus bleiben, bis sie für sich und ihre Kinder eine Wohnung, vielleicht auch mit anderen Frauen gemeinsam gefunden haben.

— Mütter ihre Kinder mitbringen können. Unzureichende, aber übliche Praxis ist, Kinder und Mütter in getrennten Heimen unterzubringen.

— der Alltag im Haus durch die Frauen alleine bestimmt wird. Wir verstehen unter dem Haus ein Selbsthilfeprojekt, in dem es anders als in staatlichen Einrichtungen keine autoritäre Leitung geben wird. Entscheidungen über ihr Leben haben die Frauen alleine zu treffen.

In einem 5-minütigen Filmbeitrag über die Hauptwachenaktion am gleichen Abend in der Hessenschau wurden außer unserer Selbstdarstellung zwei Strophen eines Liedes gesendet, das wir für die Aktion gedichtet hatten und auf der Hauptwache aufgenommen wurde.

DenTExt der Strophen hat sich der Programmdirektor wohl nicht vor der Sendung angehört:

Haut ab, liebe liebe Frauen, liebe Frauen haut ab
Ich und meine Kinder, wir haben es satt.
Wir gehen jetzt ins Frauenhaus, wo geschlagene Frauen
von nun ab ein neues Leben anfangen.
Kämpft, kämpft alle Frauen zusammen,
wir brauchen solch ein Haus
wir werden es auch bekommen, das wissen wir genau
damit die Gewalt endlich mal aufhört,
denn wer sich nicht wehrt, der lebt so verkehrt.

Kontaktadresse von „Frauen helfen Frauen" über Frauenzentrum, Eckenheimer Landstr., 6000 Frankfurt am Main
Spendenkonto: Frauen helfen Frauen, BfG Nr. 1603358100 Ffm, Bankleitzahl 50010111



PROJEKT FRAUENHAUS WIESBADEN

WIESBADEN (ID/PROVINZ)
8. Juli

Auch in Wiesbaden haben sich Frauen zusammengetan, um ein Frauenhaus zu verwirklichen. Unterstützt wird dieses Projekt vom gesamten Frauenzentrum und vom Verband alleinstehender Mütter. Die Wiesbadenerinnen stellen sich das Frauenhaus folgendermaßen vor:

„Was wir brauchen, ist ein großes Haus mit Garten, in dem Frauen mit Kindern entweder vorübergehend oder auf Dauer ein Zuhause finden. Wir haben uns das so vorgestellt, daß eine Stammgruppe von vier bis sechs Frauen mit ihren Kindern das Haus ständig bewohnt und somit über alle Angelegenheiten informiert ist. Anderen Frauen, die neu aufgenommen werden, bleibt es überlassen, ob sie von dort eine neue Existenz gründen wollen, oder ob sie für längere Zeit mit in dem Haus wohnen wollen.

Weiterhin müßte ein Kindergarten in dem Haus verwirklicht werden, in dem die Kinder der berufstätigen Mütter betreut werden, und die schulpflichtigen Kinder nach der Schule betreut werden.

Natürlich können wir ohne Unterstützung durch staatliche und private Geldmittel dieses Projekt nicht verwirklichen, wir wollen aber auf jeden Fall alle Angelegenheiten des Frauenhauses in Selbstverwaltung regeln.

Um die SItuation der Frauen in Deutschland zu verdeutlichen, haben wir ein paar statistische Angaben gesammelt.
Von den 60,7 Mio Einwohner ind er BRD sind 52,4% Frauen. Davon sind 57% verheiratet. Die Zahl der Eheschließungen im Laufe der letzten 20 Jahre hat um mehr ein ein Drittel abgenommen, dafür ist die Zahl der Ehescheidungen im Laufe der letzten 10 Jahre um mehr als 1/3 angestiegen. DIe Zahl der Scheidungen bei Ehen von längerer Dauer ist von 1958 bis 1972 um das Dreifache gestiegen. Über 70% der Scheidungsklagen wurden 1971 von Frauen eingereicht. 13,3% der Familien haben einen alleinstehenden, in den meisten Fällen weiblichen Familienvorstand. VOn den verheirateten Müttern mit Kindern unter 15 Jahren sind 32,7% berufstätig, von den verwitweten Müttern 39,9%, von den geschiedenen Müttern 70,9% und von den ledigen Müttern 85,5%.

Das Durchschnittseinkommen verwitweter Mütter beträgt	DM 590
Das Durchschnittseinkommen geschiedener Mütter	DM 550
Das Durchschnittseinkommen lediger Mütter	DM 510
Das Durchschnittseinkommen verh.Männer dagegen	DM 980

DIe Mehrzahl psychiatrischer Patienten in den psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern, Privatkliniken, Ambulanzen und Landes- und Bezirkskrankenhäusern waren Frauen. Beispielsweise stellten Frauen 1968 59% der Patienten in den Allgemeinkrankenhäusern, 60% in denPrivatkliniken, 50% in den Landes- und Bezirkskrankenhäusern und 54% in den Ambulanzen. (Phyllis Chesler: Frauen - das verückte Geschlecht? Seite 30) Die letzten Zahlenangaben beziehen sich zwar auf die USA, aber man kann davon ausgehen, daß diese auch für die BRD zutrifft.

Kontaktadresse: Frauenzentrum (Frauenhausinitiative),
Adlerstraße 7, 62 Wiesbaden, Tel.: 30 66 99

FRAUENKNASTSKANDAL SOLL VERHINDERT WERDEN

SCHWÄBISCH GMÜND (ID)
7. Juli

Am 9.6. traten 8 Frauen im Frauengefängnis Schwäbisch Gmünd in Hungerstreik, um sich gegen die menschenunwürdige Behandlung durch die Anstaltsleitung und durch das Aufsichtspersonal zur Wehr zu setzen.

Anlaß war die Mißhandlung von Gefangenen und die beinahe ausgebliebene medizinische Versorgung (ID 128,129,130, 131). Gegen das Frauenzentrum Mannheim, das einige Solidaritätsaktionen dazu organisierte, wurde mittlerweile Strafanzeige gestellt.

Mit Einschüchterung und Manipulation versucht auch Anstaltsleiter Peters die Vorfälle zu vertuschen. In der „Gmünder Tagespost" verkündete er, Beate und Bettina, die weiterhin unbefristet im Hungerstreik stehen, seien von den anderen Frauen isoliert; diese hätten sich sogar von ihnen distanziert.
In der Presse hieß es: „Anstaltsleiter Peters konnte sich in unserem Gespräch nicht des Eindrucks erwehren, daß die gesamte Aktion von außen, also außerhalb der Gefängnismauern, gesteuert werde. Auf alle Fälle stehen Beate K. und Bettina Vake, die übrigens eine ärztliche Untersuchung nach der angeblichen (!!!) Schlägerei mit Polizisten verweigerte, allein auf weiter Flur mit ihren Aktionen und ihrem Hungerstreik."

In einer Gegendarstellung erklären 35 Gefangene, die die Forderungen des Hungerstreiks mitunterzeichnet hatten, daß von einer Distanzierung keine Rede sein kann:

„ Daß wir nicht mithungern, gründet vielmehr in unserer Situation - Angst vor Repressalien, keine 2/3 Entlassung, Hausstrafen usw. DIes aber dahin zu drehen, Beate und Bettina stünden allein in ihrem Streik, ist verlogen wie immer. Im Gegenteil - wir wissen - sie kämpfen für uns und wie könnten wir uns distanzieren? Das hieße, wir distanzierten uns von uns selbst! Richtig ist vielmehr, daß die Atmosphäre in den Abteilungen ein Pulverfaß ist. Daß man die zwei STreikenden unbedingt von uns fernhalten will - isoliert von uns - eben weil sie das Richtige tun. Z.B. werden Toilettenfenster, von wo aus wir mit ihnen sprechen könnten, abgeschlossen. Auch werden ohne offizielle Genehmigung Teile der Forderungen erfüllt. Z.B. ohne Strafe Sonntags ausschlafen und offene Zellen in der Jugendabteilung.

Den abschwächenden und beschönigenden und vertuschenden Lügen der Leitung muß Einhalt geboten werden, die sind nichts anderes als das Mittel, hier alles hinter den Mauern zu halten und die katastrophalen Zustände in Ruhe fortsetzen zu können. Nicht Peters und Bedienstete können über unsere Lage Auskunft geben und entscheiden, sondern nur wir selbst!"

Die Ermittlungen der Kripo, die auf die Anzeige gegen die Mißhandlung hin erfolgten, verliefen bislang sehr mysteriös: einer Frau, die die Schlägereien der Polizisten bezeugen wollte, wurde gedroht: „Wenn Sie vor Gericht beschwören, daß Sie sahen, wie Beate an Füßen und Haaren geschleift, geschlagen und mißhandelt wurde, so kriegen Sie ein Verfahren wegen Meineid..."

Es können allerdings 19 Frauen die Vorgänge bezeugen, und die alle umzudrehen, wird sehr schwierig sein.

Die Behörden setzen alles daran, ein zweites „Mannheim" zu verhindern, aber die „Einzelfälle" häufen sich.

Die Pressionen richten sich ebenfalls gegen Beates Rechtsanwalt, Armin Newerla. Er stellte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen Polizisten, der ihn erst durchsuchte und dann auf Newerlas Protest so reagierte: „Was wollen Sie überhaupt, Sie schmächtiges Bürschchen? Ich habe hier die Polizeigewalt, und Sie kommen hier -(gemeint das Besprechungszimmer)- nicht herein, wenn Sie sich nicht meinen Anordnungen fügen. Wenn Sie hier etwas wegen der Äußerungen unternehmen wollen, so zeige ich Sie wegen Falschaussage an. Ich habe ja einen Zeugen hier."

In einem Brief von Beate und Bettina heißt es:
„Aber ihr Lieben, - nichts hat so gestärkt und die Atmosphäre so optimistisch gemacht wie Euer aller Solidarität draußen! Wißt Ihr, für die Gefangenen ist dies ein Wunder - sie haben sich größtenteils schon selbst aufgegeben und Hoffnung auf alles verloren - unterworfen, aber jetzt, jetzt wo sie sehen und erleben die Resonanz von Euch und Erfolg und wirklich menschliches Interesse, sie leben richtig auf! Und auch für uns ist's schön, wir wissen und wir fühlen, daß unser Kampf ne Sache ist! Wir fühlen's täglich mehr zur Einheitsfront wachsen und die pigs flippen, Unruhe unter ihnen und ihr letzter Versuch, mit Brutalität, Härte und Macht zu demonstrieren - resultiert nur aus Verunsicherung, und genau da müssen wir weitermachen."

INFOS ZUM ATOMMÜLLPARK - 2.TEIL

UELZEN (ID)
5. Juli

Die nachstehenden Informationen wurden auf einer Podiumsdiskussion der Volkshochschule Uelzen gegeben, die zum Thema "Wiederaufbereitungsanlagenfür Kernbrennstoffe" mit Vertretern von Parteien, aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie, dem Leiter des Instituts für biologische Sicherheit an der Uni Bremen, sowie einem Vertreter der Iniativgruppe "Bürger gegen Atommüllaufbereitung in der Heide". Im ID 131 sind bereits die Stellungnahmen des Staatssekretärs und des Institutsleiters geschildert.

Der Vertreter der Bürgeriniative wies auf den Bereich der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) hin, der jeden persönlich trifft und steuerte noch einige Fakten bei:

Der Begriff Entsorgungspark bedeutet nichts anderes als die Zusammenballung von Entsorgungseinrichtungen. Bei der WAA muß gewährleistet sein, daß sie immer in Betrieb ist. Um der Störanfälligkeit vorzubeugen, werden mehrere Anlagen in einem Komplex zusammengefaßt. Der verniedlichende Ausdruck "Park" ist auch schon beim KKW Biblis gebraucht worden. Dort heißen die drei Kraftwerkseinheiten auch Kraftwerkspark.

Für die WAA ist im Kreis Celle praktisch gar nicht informiert worden. Etwa im April dieses Jahres wurde bekannt, daß durch den Bau der Anlage bei Unterlüss viele viele Arbeitsplätze geschaffen werden, die Bauindustrie unterstützt wird (ob der Bauunternehmer aus Eschede mit seinen beiden Lastwagen wohl eine WAA bauen kann? ?) und daß der Landkreis Celle ein erhöhtes Steueraufkommen haben wird. Weiter wurde nichts gesagt. Keine Informationen über die Anlage selbst, über die Probleme, die dadurch entstehen etc.. Im Kreis Uelzen passierte überhaupt nichts, da er nicht von dem Bau der Anlage betroffen ist. Allerdings wird er das hauptsächlich betroffene Gebiet sein, da bei der vorherrschenden Windrichtung die Abgase der Anlage dorthin geweht werden.

Die Bürgerinitiativen an den betroffenen Orten werden von offizieller Seite so beurteilt, daß sie „panikartige Hysterie" verbreiten und die Bevölkerung emotional aufheizen würden ...

In Karlsruhe steht eine Versuchsanlage für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen. Bereis jetzt sondert sie die 200fache Menge von Crypton 85, Plutonium Areosolen (Schwebeteilchen, die sich sehr lange in der Luft halten), Jod 129 und 139 und Tritium ab, die bei 1.000 Megawatt Kernkraftwerken entsteht. Die Strahlung liegt bei 1.500 Millirem anstatt bei den „versprochenen" 1 Millirem!

Auf die gefährlichen Auswirkungen des Plutonium ist schon im letzten ID hingewiesen worden (1 g Plutonium = 4.000 bis 54 Millionen Lungenkrebstote). Zahlen der Wiederaufbereitungsanlage:

Plutoniumdurchsatz:	14.000 kg/Jahr
Plutonium im Abfall:	140 kg/Jahr
Plutoniuminventar:	40.000 kg/Jahr

Das Plutonium, das eine Halbwertzeit von 24.360 Jahren hat, muß als Abfall zehn Halbwertzeiten lang kontrolliert werden. Das bedeutet 243.600 Jahre Bewachung: Zur Information: vor 243.600 Jahren lebten so etwa die Neandertaler!

Mögliche Standorte:

1. Unterlüß/Wesen/Lutterloh im Kreis Celle
2. Im Lichtemoor östlich Nienburg/Weser
3. Im Emsland bei Aschendorf/Wippingen

Die verbrauchten Brennelemente aus allen Kernkraftwerken der BRD solen hier verarbeitet werden;
Uran und Plutonium werden gewonnen;
Hochaktiver Atommüll wird im Salzstock deponiert.

VOLKSFEST DER BÜRGERINITIATIVEN

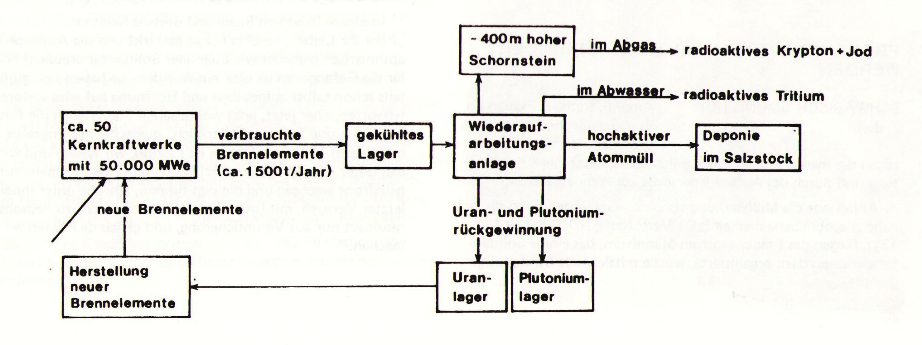
HAMM (ID)
6. Juli

Die Bürgerinitiativen Umweltschutz aus Hamm, Welver, Bönen, Norddinker, Arnsberg, Kamen und Münster haben in ihrem Kampf gegen die geplanten Atomkraftwerke bei Hamm erste Erfolge verzeichnen können. So kamen zu dem Volksfest und der anschließenden Kundgebung der Bürgerinitiativen fast 1.000 Leute. Es konnten hierbei zahlreiche Kontakte geknüpft werden und vertieft werden. Obwohl der Anteil der einheimischen Landbevölkerung hätte größer sein können, wurde doch gezeigt, daß es einen starken Widerstand gegen die geplanten Atomkraftwerke gibt. In den Tagen nach dem Volksfest wurde in den Dörfern in der Nähe der geplanten Atomkraftwerde viel über das Volksfest geredet. Drei Wochen später wurde dann ein Film über den Kampf der Landjugend gegen die Atomkraftwerke im Fernsehen gezeigt, der wiederum mit großem Interesse von der Befölkerung zur Kennnis genommen wurde.

Am Freitag, dem 16. Juli sprechen um 10 Uhr 10 in der Radiosendung „Bürger und Bürokraten" des WDR (2. Programm) Mitglieder der Bürgerinitiativen über die Probleme, die beim Kampf bisher aufgetaucht sind: Desinteresse bei der Bevölkerung, Zensur bei einem großen Teil der Lokalzeitungen, millionenschwere Propaganda der Atomkraftwerksbetreiber und der Regierung.

Im August muß man mit dem Baubeginn rechnen. Es ist den Bürgerinitiativen klar, daß man mit Podiumsdiskussionen, Leserbriefen, Flugblättern und Infoständen allein den Bau der Atomkraftwerke nicht verhindern kann. Es ist klar, daß jetzt nach den Worten Taten folgen müssen.

Vereinfachtes Fließschema des Brennstoffkreises



ZEITSCHRIFT ALTERNATIVE TECHNIK

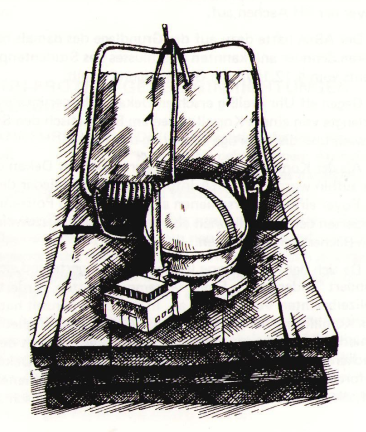
ESSEN (ID)
6. Juli

Auf der Tagung alternative Technik am 29./30.11.75 in Oberhausen wurde vereinbart, daß die Herausgabe einer deutschsprachigen Zeitschrift Alternative Technik vorbereitet werden soll. Dort wurde ein Kreis gebildet zur Erstellung eines Konzepts für die Zeitschrift. Dieses liegt nun vor, es geht im wesentlichen auf Entwürfe von Prokol und Katalyse zurück.

Wir können davon ausgehen, daß ein Bedarf für eine Alternative–Technik–Zeitung auch in Westdeutschland besteht. Von den uns bekannten ausländischen Zeitschriften dieser Richtung müßte sie etwa zwischen den schweizerischen 'blabla' und dem englischen 'undercurrents' liegen. Im Unterschied zu beiden sollte sie den Versuch machen, auch Leute anzusprechen, die sich zwar nicht als Teil avantgardistischer Randgruppen verstehen, aber in Firmen, Institutionen oder eigenwirtschaftlich den Einsatz alternativer Techniken anstreben. Weiter sollen Natur–, Umwelt– und Wohngebietsgruppen, technikpolitische Gremien von Verbraucherverbänden und Gewerkschaften und die Medien der interessierten Öffentlichkeit mit alternativer Technik bekanntgemacht werden.

Die Zeitschrift wird von einem Kreis herausgegeben, der sich aus Mitgliedern von Gruppen zusammensetzt, die sich mit alternativer Technik in einer Gegenposition zur etablierten Technik der Industriestaaten befassen. Dieser "innere" Kreis bestimmt und leistet die redaktionelle Tätigkeit. Ein "äußerer" Kreis, der aus Vertretern von Organisationen besteht, die die Interessen der abhängig arbeitenden zu wahren haben, soll bei der allgemeinen Zielsetzung mitwirken und einen Teil der Anlaufkosten tragen.

In jedem Aufsatz wird die kritische Auseinandersetzung mit der Technik unseres Gesellschafts –und Wirtschaftssystem gesucht. Fachwissen wird übersetzt und hinterfragt. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge werden voll aufgezeigt. Es wird keine Perfektion angestrebt, sondern ein ermutigendes Forum für die Leser geschaffen. Werbung und unnützige Aufsätze werden vermieden, Herstellung und Vertrieb der Zeitschrift geschehen in Ansätzen alternativ: durch Weiterentwicklung des Konzepts durch die Leser, anschauliche Darstellung, Verwendung umweltschonend hergestellten Papiers, Vertrieb auch über Selbstversorgungsläden, Wohn- und Werkgemeinschaften. Befreundete Gruppen und Personen sind eingeladen, an der Gestaltung der Zeitschrift mitzuwirken. Die nächsten Schritte können darin bestehen, eine engere Zusammenarbeit an diesem Projekt zustandezubringen, die Unterstützung weiterer Gruppen und größererer Organisationen zu gewinnen, die Finanzierung zu sichern, Mitarbeiter für die Redaktion zu bestellen und eine Nullnummer herauszubringen. Die vorläufigen Kontaktadressen sind:
Prokol–Gruppe–Berlin, Sybel Str. 46, 1000 Berlin 12
Katalyse–Technikergruppe,Karl Barth Haus, Wittenberg Str. 14-16, 4300 Essen 1



MORITAT VOM ATOMKRAFTHAIFISCH

GUNDREMMINGEN (ID)
7. Juli

Im Memmingen fand ein Prozeß gegen siehen Werksangehörige des KKW Gundremmingen statt, denen Verstöße gegen Sicherungsregeln vorgeworfen wurden. Bei einem Reaktorunfall wurden dort am 17. November 1975 zwei Arbeiter getötet (ID 102, 104). Zu den Hauptangeklagten August Weckesser und Reinhardt Ettemeyer wurde eine Moritat verfaßt, die am 3. Juli auf dem Kernenergieseminar mit Minister Matthöfer uraufgeführt wurde;

1.
Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und August, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht

2.
Ach, es sind des Haifischs Flossen
Rot, wenn dieser Blut vergießt
Weckie Esser trägt nen Handschuh
Drauf man keine Untat liest

3.
An der Donau blauem Wasser
Fallen plötzlich Leute um
Es ist weder Pest noch Cholera
Doch es heißt, GAU geht um

4.
An nem Buß- und Bettag-Mittwoch
lag'n zwei tote Mann im Schacht
Und ein Mann geht in Pension
der sich in sein Fäustchen lacht

5.
Und Etty Meyer blieb verschwunden
und so mancher Ingenieur
Und die Schuld ha'm nur die Schlosser
Führte Leichtsinn zum Malheur?

6.
Otto Huber ward gefunden
Mit radioaktiv verbrühter Brust
Und am Klavier spielt Wecky Esser
Der von allem nichts gewußt.

7.
Wo ist Schlosser Ziegelmüller
Was soll der Sarg aus Zink
Wer es immer wissen könnte
Weckie Esser weiß es nicht.

8.
Etty Meyer der jetzt schlau ist
Hatte Brechdurchfall -- son Scheiß
Schieber 6 und Ventil defekt
2 Mann tot, der Dampf war heiß;

9.
Und die minderjährgen Witwen
Deren Namen jeder weiß
Verzichten jetzt auf Nebenklag
Weckie, welches war dein Preis

10.
Und die Fische, sie verschwinden
Doch zum Kummer des Gerichts
Man zitiert am End den Haifisch
Doch Etty Meyer weiß von nichts

11.
Und er kann sich kaum erinnern
Und man kann nicht an ihn ran
Denn ein Haifisch ist kein Haifisch
Wenn mans nicht beweisen kann
Denn ein Haifisch ist ein Haifisch
Da mans hier beweisen kann.

12.
Und die Todesstrahlenmonster
Deren Namen jeder weiß
Hörn bald auf und wer'n geächtet
Zwei Tote waren der Preis.

DER VDS oder: "WIE KANN EINE LEICHE SICH NOCH BEWEGEN ? "

FRANKFURT (ID)
1. Juli

Schon während des SB-Pfingstkongresses hatte eine Reihe von Juso-, Sponti- und Basisgruppenasten den VDS-Vorstand (politisch entscheidend sind dort die Vertreter des MSB und der Jusos: Knickrehm und Hartung, letzerer rechter und opportunistischer Vertreter der Jusos) darauf aufmerksam gemacht, daß die vom VDS seit drei Monaten geplante Demo gegen alle und jegliche Unterdrückung der Studenten sich nicht auf die in der BRD herrschende Unterdrückung beschränken dürfe. Die Basisgruppen schlugen dem VDS-Vorstand vor, im Anschluß an die große Demo zum Bonner Münsterplatz durch die Innenstadt eine Demonstration in Bonn-Bad Godesberg zur südafrikanischen Botschaft zu machen, um die Unterdrückung, die mit Unterstützung der BRD in Südafrika ausgeübt wird und im gegenwärtigen Besuch des südafrikanischen Premierministers Vorster zum

Ausdruck kam, genauso anzugreifen. Der VDS (das heißt die MSB, SHB, Juso und Ihv-Vertreter lehnten das ab. Ihre Begründung: wenn 2o.ooo Studenten zur südafrikanischen Botschaft demonstrieren würden, käme es bestimmt zu Gewalttätigkeiten, weil man nicht alle Teilnehmer der Demonstration kontrollieren könne. Es wurde dann mit dem Vorstand ausgemacht, daß sie die von uns angemeldete Demo auf der Kundgebung für alle verständlich ankündigen sollten.

Die Demonstration und Kundgebung sah dann so aus: in drei Marschsäulen setzten sich die Teilnehmer in Bewegung, nachdem zuvor die Busse „von der Polizei und uns (d.h. der VDS-Vorstand) in Empfang genommen worden sind". Die aus allen Teilen der BRD angereisten Studenten (sehr viele MSHB-Mitglieder, aber relativ wenig andere, was an den Fahnen und Transparenten zu erkennen war) zogen mit BaföG –, "sichert die demokratischen Grundrechte" – und anderen Parolen zum Münsterplatz. Vor den etwa 15.ooo anwesenden Studenten begann dann die Show: Die Beiträge waren so langweilig, theoretisch schlecht und zum Teil falsch, daß nur regelmäßig der Schluß jeder Rede beklatscht wurde. (Beispiel: "Die Berufsverbote sind deshalb so schlimm, nicht weil von ihnen jetzt die Kommunisten, sondern weil später alle Demokraten betroffen sind.") Zwischendurch gab es Musik wie bei einer Rudi-Carell-Show, nur daß es chilenische Folklore war, bzw. ein Politpotpourri. Die Bühne wimmelte nur so von aggressiven MSB-Ordnern, die jeden Nicht-MSBler sofort zusammenschlagen wollten . Schon nach einer Stunde zogen die ersten Scharen von Studenten weg. Die ganze "Fühl - dich - wohl, wir - sind - alle demokratisch" Atmosphäre war zum Weglaufen. Obwohl der VDS-Vorstand versprochen hatte, die Demo zur südafrikanischen Botschaft während der Kundgebung anzusagen, hat er es b e w u ß t nicht getan. Alle Kleckerveranstaltungen der DKP und der an ihr orientierten Gruppen in der nächsten Woche im Ruhrgebiet wurden angesagt, lang und breit, aber die Vorster - Demonstration wurde totgeschwiegen. Die Gründe dafür sind einleuchtend. Der MSHB hatte Angst, daß dem VDS durch eine große Anti-Vorster-Demonstration die Schau gestohlen werden könnte. Er war so auf die ja schon seit drei Monaten festgelegten VDS-Parolen – Gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte , des BaföG, der Verf. Studentenschaft usw. – fixiert, daß er den Sinn einer solchen antiimperialistischen Demonstration nicht begreifen konnte. Charakteristisch die Antwort eines MSB - Mitgliedes, als er darauf angesprochen wurde: erstmal müssen wir doch die Situation in unserem eigenen Land verändern. Antiimperialismus als schmückendes Beiwort wird zwar in An spruch genommen: so durfte ein KP-orientierter Vertreter der ANC (südafrikanische Befreiungsbewegung) auf der Kundgebung reden, aber wenn es darum geht, den Antiimperi alismus in seinem Zusammenhang zu unserer Situation praktisch werden zu lassen, dann freut man sich lieber über eine "gelungene" schön passiv bleibende Massendemonstration und säuft sich im Bus auf der Heimfahrt einen an. Die Jusos hatten andere Gründe, um sich gegen eine solche Demonstration einzusetzen: die Bundesregierung konnte eine 10.000 Leute–Demonstration nicht gebrauchen und deshalb besah sich VDS-Vorstandsmitglied die Demo in Bad Godesberg auch nur vom Rand aus an. Die Jusos übten sich also (abgesehen von Ausnahmen wie dem Gießener Asta) in sozialdemokratischer Solidarität, sprich Rückgratslosigkeit und Anpassung. ...
So kamen dann zur Südafrika-Demonstration etwa insgesamt 250 Studenten. Das Prominentenviertel, in dem die Botschaft liegt, war dafür von etwa 1000 Polizisten , Wasserwerfern und Grenzschutzbeamten bewacht. Die meisten Beamten kamen aus Unna, Hagen und dem Ruhrgebiet. Die Einwohner hatten so etwas noch nie erlebt und die Bonner Rundschau schrieb vom "größten bisher in Bonn Bad-Godesberg eingesetzten Polizeiaufgebot.
Zum Schluß hielt ein Südafrikaner eine Rede, die so gut war, daß wir alle aufmerksam eine halbe Stunde zuhörten, sogar die Anwohner und die Polizisten. Sie wird zusammen mit anderen Materialien von den Genossen veröffentlicht werden, die sich an der Anti-Vorster Kampagne beteiligt haben.

AUFRUF DES ASTA FRANKFURT

Der "Mannheimer Gefängnisskandal" im August 1974 – vom Frankfurter Gefangenenrat ausgelöst – bewirkte in den Massenmedien eine intensive Diskussion über die Verhältnisse im deutschen Strafvollzug.
Offensichtlich hat der Justizapparat daraus gelernt.
Jetzt hat er die Kräfte, von denen er erwartete, daß sie von außen die Verhältnisse in der Strafanstalt Butzbach an die Öffentlichkeit bringen, präventiv in den Strafvollzug "einbezogen".
Diese Taktik wollen wir durchbrechen!
Die enorme Angst Strafgefangener bei Widerstand gegen die Knastbedingungen nach Butzbach verlegt zu werden (eine der schlimmsten Androhungen der Preungesheimer Anstaltsleitung) und die neuesten Ereignisse in Butzbach (s. ID 131) machen die Notwendigkeit einer breiten Öffentlichkeit deutlich.
Das schaffen wir natürlich nicht allein. Wir brauchen Eure Unterstützung im Beschaffen von Informationen über Butzbach und durch eigene Iniativen in Eurem Arbeitsbereich. Sprecht bitte auch andere möglichen Informanten an.
Dringlichkeitsappell: Der Mannheimer Gefängnisskandal ist in der "Sauren –Gurken –Zeit" der Presse angelaufen – diese Zeit fängt jetzt an!!
gez. Iniativgruppe zum Butzbacher Knast
Informationen an: Asta der Universität

„KANINCHEN IM ASTA"

HEIDELBERG (ID)
8. Juli

Die autonome Kleintierbewegung an den bundesdeutschen Hochschulen nimmt zu. Nach dem Wahlerfolg der undogmatischen „Läuse " der PH Westberlin (ID 132), konnte die im Wahlkampf bei den StuPa-Wahlen der PH-Heidelberg als „Kaninchen" bezeichnete Initiative sozialistische Gruppe (ISG) auf Anhieb die Wahl mit 46,5% gewinnen.

Die Sitzverteilung: ISG: 14 (–)
JuSo: 9 (-8)
KHG: 3 (-3)
USG: 3 (-2)

Aber auch in diesem Fall: die Politik des AStA ist nur so gut, wie die Aktivität der Studenten!

POLIZEILICHES INTERESSE AM BÜCHERTISCH

AACHEN (ID)
7. Juli

Am 6. Juli 1976 gegen elf Uhr stellte die KHI (Kommunistische Hochschulinitiative) wie jeden Deinstag ihren Büchertisch im Foyer der PH Aachen auf.

Der AStA hatte dazu auf der Grundlage des damals noch von Dekan Schnuer anerkannten Beschlusses des Studentenparlaments vom 4.12.1974 die Genehmigung erteilt.

Gegen elf Uhr dreißig erschien Dekan Schnuer im Foyer und verlangte von einem Komillitonen am Büchertisch den Studentenausweis und die sofortige Räumung des Tisches.

Als der Komillitone dies verweigerte, rief der Dekan die Polizei. Daraufhin wurde der AStA informiert. Als Mitglieder des AStAs im Foyer eintrafen, erschienen auch schon zwei Polizeibeamte. Sie forderten den Komillitonen ebenfalls auf, sich auszuweisen und den Büchertisch zu räumen.

Da sich der Komillitone immer noch weigerte und sich ca. hundert Studenten im Foyer versammelt hatten, forderten die Polizeibeamten Verstärkung an. In der Zwischenzeit hatte sich der Komillitone bei Mitgliedern des AStAs und Mitgliedern verschiedener hochschulpolitischer Gruppen als Student der PH Aachen ausgewiesen. Diese Angaben genügten dem Dekan nicht, er forderte die mittlerweile mit zehn Beamten erschienene Polizei auf, die Personalien aufzunehmen und den Büchertisch zu räu-

men. Dabei ergab sich eine Diskussion mit den Beamten der Polizei, wobei sinngemäß folgende Bemerkungen fielen:

„Wenn ihr die Personalien nicht rausrückt, dann holen wir entweder ein paar Leute mit Fotoapparaten, die mit den Fotos den Computer speisen, dann haben wir die Personalien auch, oder wir kommen mit einer Hundertschaft und wichsen den Laden hier zusammen."

„Wir kriegen die Personalien auf jeden Fall, auf ein paar blaue Flecke kommt es dabei nicht an.

Durch die Solidarität der mittlerweile auf 150 angewachsenen anwesenden Studenten konnten die Beamten der Weisung des Dekans nicht folgen. Daraufhin sah sich der Dekan gezwungen, den Einsatz der Polizei zu stoppen.

Der ASTA der PH Aachen hat in einer Resolution, die zur Unterschrift ausliegt, gegen den Polizeieinsatz protestiert.
AStA der PH Rheinland, Abt. Aachen, Ahornstraße 55, 5100 Aachen.

STREIKENDE SPORTSTUDENTEN

KÖLN (ID) 8.Juli

Die Sportstudenten an der deutschen Sporthochschule in Köln traten nach einem Warnstreik am 2.6. am 16.6. mit einer Abstimmungsmehrheit von 92% in den aktiven Streik, der eine Woche andauerte. Diese Tatsache ist seit Bestehen der Sporthochschule einmalig. Grund dafür war ein Erlaß des Wissenschaftsministers, der die Bearbeitungszeit für Diplomarbeiten drastisch auf 6 Monate senkte (vorher unbegrenzt). Die Studenten aller Semester beteiligten sich solidarisch an den täglichen Vollversammlungen und Arbeitsgruppen zu Berufsverboten, Schulmisere, Sportunterricht und zu dem Erlaß des Ministers. Am 22.6. nahmen etwa 200 aktive Sportstudenten an der zentralen VDS-Demonstration in Bonn teil. Durch das Fehlen von STreikposten in dieser Zeit nahmen ein paar nimmermüde Streikunwillige wieder an Veranstaltungen teil. Unter dem Zwang der bevorstehenden Prüfungen und Scheine konnte dies den Streik boykottieren. Am 23.6. bewirkte die Drohung des Rektors mit Nichtanerkennung des Semesters und Ordnungsrecht, daß auf einer Vollversammlung eine Mehrheit von 300 Studenten gegen eine Fortführung des Streiks stimmten.

Der Streik war damit beendet, ohne daß ein konkretes Ziel erreicht worden war.

Die Aktionsbereitschaft von 150 Studenten, die gegen den Abbruch stimmten, ist jedoch nicht beendet. Sie trafen sich am 30.6. zur Gründung einer AG, die sich auch weiterhin gegen den Erlaß des Ministers stellt und Aktionen dagegen unternehmen will. Sie wird sich zu den bevorstehenden Studentenparlamentswahlen aufstellen lassen.

CISNU-PROTEST GEGEN HINRICHTUNGEN IN PERSIEN

FRANKFURT (ID) 7. Juli

Die Conföderation der iranischen Studen- in der BRD geht in einem Aufruf auf die aktuellen Situation des iranischen Faschismus und die Beziehungen zu Westdeutschland ein:

„In der Zeit vom 20.6.76 bis zum 1.7.76 wurden schon wieder 22 Oppositionelle, darunter ein neunjähriges Kind, von den Todeskommandos des Schah-Regimes im Morgengrauen in ihren Häusern niedergeschossen. Damit beläuft sich die Zahl der seit Januar 1976 ermordeten Freiheitskämpfern auf über 100.

Die bundesrepublikanischen Massenmedien haben darüber so gut wie nichts berichtet. Stattdessen schrieb die Bildzeitung über die Krankheit der 50 Papageien des Schah (BIld 30.6.76), und andere Zeitungen, wie etwa der Stern, die für sich selbst den Anspruch „objektiver Berichterstattung" erheben, bewundern die Frisur von Farah Diba (Stern 1.7.76).

Dadurch wird die Vermutung bestätigt, daß die Massenmedien der BRD — beeindruckt von den wirtschaftlichen Vorteilen Irans für das deutsche Kapital — über den in Iran herrschenden Terror hinwegsehen. Laut Frankfurter Rundschau vom 3.7.76 kam zwischen dem Schah-Regime und der Kraftwerks Union, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft von Siemens und AEG, ein Geschäft mit einem Volumen von 11 Milliarden Mark über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken zustande. Nachdem dasselbe Geschäft mit den Faschisten in Südafrika wegen der Proteste der antifaschistischen Öffentlichkeit gescheitert war verschafft die Bundesregierung nun dem deutschen Kapital Genugtuung. Das Schah-Regime steht bezüglich faschistischer Unterdrückung in keiner Weise hinter dem Regime in Südafrika zurück.

Der Faschismus in Iran ist sogar der geheimen Militärtribunale, bei denen lediglich Beweismaterial des brüchtigten Geheimdiensts SAVAK verwendet wird, das die Todesurteile nur öffentlich bestätigen soll, überdrüssig geworden. Um sich diese Mühe und die Proteste der Weltöffentlichkeit zu ersparen, erschießt das Regime die Oppositionellen in ihren Wohnhäusern oder foltert sie zu Tode, um sie dann als gefallen zu melden. Um die Freiheitskämpfer zu zwingen, sich freiwillig zu stellen, werden ihre Angehörigen inhaftiert und erschossen. Vor den Augen gefangener werden ihre Angehörigen gefoltert, um Geständnisse zu erzwingen. Politische Gefangene werden in den Gefängnissen erschossen. Gemeldet wird: „Auf der Flucht erschossen." Die Zahl der eingekerkerten Antifaschisten übersteigt mit Sicherheit die erschütternde Zahl von 40.000.

Aus den genannten Gründen ist die Solidarität mit dem revolutionären Kampf des iranischen Volkes eine historische Notwendigkeit, Nur eine allseitige internationale Solidarität kann den Faschismus im Iran zerschlagen helfen."

CISNU, Postfach 16247, 6000 Frankfurt 16.

ZUR KAMPAGNE FÜR K.- H. ROTH

KÖLN (ID) 7. Juli

„Karl Heinz Roth hat jetzt schon 13 Monate lang schwerverletzt unter zum Teil unsäglichen Qualen in Ihren Gefängnissen zugebracht. Ich fordere Sie auf: lassen Sie den todkranken Karl Heinz Roth endlich frei, damit er wenigstens noch eine Überlebenschance erhält". So heißt es in einem Brief, den der Bremer Professor Holger Heide an den nordrhein-westfälischen Justizminister schrieb.

Die Unterstützungsaktionen für Karl Heinz Roth sind inzwischen auf verschiedenen Gebieten weitergeführt worden. Unterschriften wurden nicht nur in Deutschland sondern auch in Holland udn Dänemark gesammelt. In Holland wurde die deutsche Botschaft mit Briefen und Anfragen bombardiert, deutsche Einrichtungen wurden mit Parolen bemalt. Resolutionen kamen vom Marburger Bund (Verband der angestellten und beamteten Ärzte in Deutschalnd), vom Bund gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV, vom Verlag Modtryk in Arhus, von der Gesellschaft für Verhaltenstherapie, Uni-VV Freiburg und von verschiedenen anderen Studentengruppen und versammlungen.

In einem Brief der Evangelischen Studentengemeinde Clausthal an Posser heißt es: „Nachdem Sie bisher so hartnäckig alle Anträge und Eingaben zur Haftverschonung von K.H.Roth abgelehnt haben, können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie den Tod dieses Untersuchungsgefangenen eiskalt einkalkulieren. Die Todesstrafe ist zwar abgeschafft in unserem Lande, aber der kalkulierte Mord auf Raten tritt an deren STelle."

Die Jahresversammlung von Amnesty International Deutschland beauftragte den Vorstand, „auf das schnelle Einsetzen einer neutralen internationalen Kommission, die die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge prüfen soll, hinzuwirken. Besonderes Schwergewicht soll dabei auf die akuten Fälle der Häftlinge Grundmann und Roth gelegt werden."

Auch in Teilen der Presse wurde über Roth berichtet. Im „Fränkischen Tageblatt" wurden zwei ausführliche Artikel veröffentlicht, zum Teil mit Zitaten von Karl Heinz an seine Würzburger Familienangehörigen. 111 BErliner Gerichtsreferendare forderten in einer Anzeige im „Tagesspiegel" sofortige Haftverschonung für Karl Heinz Roth. Im „Schwäbischen Tageblatt" begann ein Artikel über das Tübinger Folk Konzert mit folgendem Text:

„Solidarität kann nicht warten
Folk-Konzert „Aktuelle politische Lieder" endete vorzeitig mit Demonstration für Karl-Heinz Roth

Rund 500 Zuhörer lagerten sich in der Mensa Wilhelmstraße, als am Sonntagnachmittag mit einer Stunde Verspätung das Konzert „Aktuelle politische Lieder" begann. Fünf Solisten und Gruppen trugen ihre zeitkritischen Lieder vor. Themen waren der Kampf gegen Kernkraftwerke ebenso wie der chilenische Faschismus., Jugendarbeitslosigkeit, Berufsverbot, der § 218 und der Knast. „Ich bin kein Jurist und ich kann die kriminalistische Seite dieses Vorgangs nicht eindeutig einordnen, aber ich weiß, adaß es in der Bundesrepublik noch keine Todesstrafe gibt - auch nicht in der Untersuchungshaft." Walter Mossmann, politischer Liedermacher aus Freiburg, stellte sich mit diesem Satz hinter die Aktion „Haftverschonung für Karl-Heinz Roth", die - vom Tübinger Anti-Repressions-Komitee initiiert - dazu führte, daß nach Informationen während der Pausen schließlich eine Resolution verfaßt und verabschiedet wurde und dann die Zuhörerschaft nahezu geschlossen auf die Straße ging, um für die Entlassung des schwer erkrankten Arztes und politischen Schriftstellers zu demonstrieren."

KLAUS ZIESCHANK IN LEBENSGEFAHR

FRANKFURT (ID)
8.Juli

Die Initiativgruppe „Freiheit für Klaus Zieschank" ruft dazu auf, sich weiterhin für die Freilassung des Münchner Studenten aus argentinischer Haft einzusetzen und in diesem Sinne mit Telegrammen, Postkarten, Telefonanrufen und Unterschriftenlisten an die argentinische Botschaft in Bonn - Bad Godesberg und das Auswärtige Amt zu wenden. Klaus Zieschank ist seit drei Monaten in Haft und befindet sich nach Aussagen der Französin Edith Laura in Lebensgefahr. Edith Laura wurde wie er verhaftet, ist inzwischen aber durch Vermittlung der französischen Regierung freigelassen worden (vgl. auch ID 128, S. 13). Die Initiativgruppe bittet, die Protestschreiben an die folgenden Stellen zu richten:

An das Auswärtige Amt
Postfach
5300 Bonn
Tel. 02221 - 171
und
Botschaft der Republik Argentinien
5300 Bonn - Bad Godesberg
oder
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Argentinien - Buenos Aires
Auswärtiges Amt - Kurierabteilung Buenos Aires
Adenaueralle 99 - 103
5300 Bonn.

Obwohl sich in Argentinien die brutalen Übergriffe militärischer und paramilitärischer Sonderkommandos gegen jegliche Oppostion mehren, behaupten offizielle Stellen immer noch, es gäbe keine politischen Gefangenen. Das ist besonders deshalb für die Betroffenen so gefährlich, weil sie von den parapolizeilichen Organisationen und von der Geheimpolizei jederzeit getötet werden können, da offiziell über diese Personen keine Unterlagen vorhanden sind.

(c) by p.p.zahl

freitod

um acht
beginnt der selbstmörder
seinen dienst
- schichtwechsel -
drückt die uhren
geht auf pantoffeln
durch den gang
linst durch spione

um neun
trinkt der selbstmörder
den ersten schluck kaffee
aus der thermosflasche
um zehn
führt er den kontrollgang
durch: aus einer zelle
dringt noch immer
das kla ppern
einer schreibmaschine

wer an der maschine sitzt
wird irgendwann einmal
müde

der selbstmörder sieht
die spätausgabe
der tagesschau
die zeitungen sind leider
bestreikt

um eins
ist es schön still
im bau von weither
hundebellen suchlichter
an der mauer
strahlen
eisige ruhe aus

kontrollgänge
zu jeder vollen stunde
keiner
der schläft
keiner
der wache
hört den schritt
des selbstmörders
an stahltüren entlang

zwischen drei und vier
ist die nacht am tiefsten
dem tag am nächsten
es ist die stunde
so lernten wir einst
in der indianerkrieger
den angriff starteten
die stunde des stillen lautlosen todes
die stunde in der das leben
selbst den atem anhält

der selbstmörder
steht vor der tür
- den nachtverschluß
einen speziellen riegel
hat der kollege
heute nicht vorgelegt
auch fehlt
durch zufall
das vorhängeschloß
das sonst an keiner zellentür
fehlt für diese
da -

der selbstmörder
steckt den handlangen schlüssel
ins schloß
das war gut geölt
der selbstmörder geht
an die arbeit
der rest
ist furchtbar
einfach

und morgens
um 7.34 uhr
finden der selbstmörder
und seine kollegen
die leiche

sie schlagen

alarm

TEUFLISCHE ANSTALTSUNORDNUNG

WESTBERLIN (ID)
6. Juli

Fritz Teufel, b 116, Buchnr. 5116/75 schrieb einen Brief an die Anstaltsleitung der Untersuchungshaftanstalt Moabit:

„sehr geehrte anstaltsleitung,

gestern hatte ich wieder mal das vergnügen einer routinefilzung mit damit verbundener invasion von vollzugsintellektuellen der alten schule. ich wurde belehrt, in moabit gibt's 'nen *stehzwang für schränke.* eigenmächtig und schon vor wochen hatte ich den schrank gekippt (also *umsturz*), wegen der größeren abstellfläche für aktenordner, bücher, radio, fernseher und was sich sonst an kram unter *schamloser ausnutzung der freiheitlichen ordnung* in meiner zelle gesammelt hat in knapp nem dreivierteljährchen.

bin der ansicht, daß der schrank höchstens ein halb so gefährlicher bursche ist wie ich. warum soll er jahrelang stehen? ich bitte hiermit um liegegenehmigung für den schrank, bin gerne bereit, dafür meinerseits *im stehen zu schlafen.*

für justizinspektor adlerauge (bürgerlicher name ist mir nicht bekannt, weil die beamten ja bekanntlich zur vermeidung von menschenähnlichkeit namenlos in der anstalt rumlaufen müssen) beantrage ich eine belohnung wegen außerordentlicher wachsamkeit, da mit dem kargen justizetat pausenlos reformen finanziert werden müssen, möchte ich dem wachsamen beamten, dessen name ich vielleicht im gegenzug erfahren könnte,meine *taschenuhr mit sprungdeckel* schenken.

für meine fortgesetzten verstöße gegen die anstaltsordnung, ich erinnere nur an unerlaubte kontaktaufnahme beim einzelhofgang, unerlaubte weitergabe von spiegel und extrablatt an mitgefangene, unerlaubten schrankstursz und seit ges tern noch unerlaubtes rumstehenlassen von bücher, geräten, pappkartons etc. aufm nackten zellenboden, was sicherlich auch schwerer verstoß ist, bitte ich hiermit um eine gesalzene hausstrafe.

(vierteljahr geschärften arrest?) bis zum prozeß wirds ohnehin ein paar jährchen dauern, daß ich allzeit haft- und vernehmungsfähig bleibe, darauf könnse gift nehmen. außerdem ist mir aufgefallen, daß ne halbe stunde hofgang bißchen viel ist. fünf minuten tätens doch ooch. nach verbüßung der hausstrafe bitte ich um verlegung in eine zelle ohne waschbecken, wovons auf berta eins noch reichlich gibt, oder glauben sie im ernst, ich wär was besseres als ein neger oder türke? wo bleibtn da die beliebte *gleichschlechtbehandlung*? daß mir gestern ne kerze weggefilzt wurde, kann ich nur begrüßen, bitte holen sie sich auch die glühbirne ab, will mich in zukunft ganz vom *geist der a-ordnung* erleuchten lassen. weiterhin *gut schwachsinn aller wege*! Ihr sehr ergebener"

DAS KOMMANDO HOLGER MEINS ZUR SACHE

DÜSSELDORF (ID) 6. Juli Die vier übelebenden Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins, die wegen des Überfalls auf die Botschaft in Schweden vor Gericht stehen, haben sich in einer Prozeßerklärung zur Sache geäußert. Wir veröffentlichen aus der 18seitigen Erklärung die Passagen, die auf die Aktion und ihre Hintergründe eingehen. Die theoretischen und analytischen Teile haben wir gekürzt. Die Auslassungen sind gekennzeichnet.

„Wir wollen hier jetzt was zur Sache sagen. Das heißt,zur Sache und zu uns. Weil das unser Ziel ist: uns und die Sache in eins zu setzen: im Kampf gegen die Entfremdung/Vereinzelung/gegen die Maschine Mensch zu sein und zu werden, bringen wir das hier auch zusammen .

...

Wir haben uns bewaffnet für die Aktion, für die Befreiung der Gefangenen aus der RAF, für den antiimperialistischen Befreiungskampf. Die Herausforderung von Stockholm ist die Kontinuität der RAF, die Kontinuität des bewaffneten Angriffs: die Sprache des Guerillakommandos, die nicht auszulöschen ist. Die dieser Staat nicht auslöschen kann — auch diese Veranstaltung nicht, die dem einzigen Zweck dient,zu behaupten, es gäbe uns nicht, unsere Politik, RAF, oder anders: es gäbe nur Wahnsinnige, Psychopathe, Lehrlinge, Verführte, Befehlsempfänger und Rädelsführer. Diese Veranstaltung ist Teil der psychologischen Kriegsführung, deren Linie der Staatsschutz zu dieser Veranstaltung gezogen und vorbereitet hat. Wie die dümmlichen Serien der Presse, konkret im Stern,über unseren Kampf nichts sagen aber alles über das Projekt der psychologischen Kriegsführung, das in der Presse die Rezeptionsmuster dieser Strategie antizipiert.

Diese Veranstaltung soll die Sache verdecken, um die's geht: daß die RAF den US-Imperialismus in seinem Hinterland angreift, in seiner sichersten Kolonie, in seinem strategischen Subzentrum BRD, daß wir Kriegsgefangene sind und dieser Staat uns als Kriegsgefangene vernichten muß.

...

Die ERmordung von Ulrike jetzt ist die gezielte Reaktion des Staats: gegen die RAF. Jeder, der die BRD angreift, begeht Selbstmord, sagt Leber. Wer kämpft, ist selbst schuld, wenn er vernichtet wird: das ist immer der Dreh, mit dem der Staat seine Vernichtung zu rechfertigen sucht — aber die auch nur seine Struktur verrät, die der Maschine: in der der Mensch zum Objekt, Teil der Maschine, Gewalt gegen sich selbst wird.

Die RAF ist das Gegenteil: bewaffneter Angriff, revolutionäre Intervention: Headquarter, Hungerstreik, Stockholm.

...

Ziel unserer Aktion war, Kämpfer zu befreien, die die Stuktur und das Konzept bewaffneter Politik in den Metropolen erarbeitet, es weiter entwickelt haben, die in der Gefangenschaft im Kampf gegen Folter und Gehirnwäsche sichtbar gemacht haben: das sozialdemokratische Projekt der institutionellen Strategie des neuen Faschismus und so über ihren kollektiven Kampf mobilisiert haben gegen den Faschisierungsprozeß,gegen die reaktionäre Integration.

Weil die Politik des bewaffneten Kampfs in den Metropolen Negation des imperialistischen Kapitals und seines Staats ist, kann die staatliche Reaktion uns gegenüber nur Krieg sein, noch in der Gefangenschaft Kriegsführung gegen Kriegsgefangene, ihre Vernichtung mit wissenschaftlich konzipierten Vernichtungsprogrammen, Gehirnwäsche und Isolationsfolter, schließlich ihre Liquidierung, wie die von Holger, Siegfried und Ulrike, weil der Staat zeigen will und muß, daß es sinnlos sei zu kämpfen, und daß es nichts anderes gäbe als Entfremdung, Herrschaft, Ausbeutung und Verdinglichung, weil ein Universum mit imperialistischer Struktur nicht vermittelt werden kann gegen unsere Praxis, die Realität der Guerilla.

...

Schmidt ließ die 26 Gefangenen aus der RAF nicht frei,weil sich an ihnen die Identität, der Sinn, der Begriff der Guerilla in Westeuropa entwickelt hat,und mit der Weigerung, diese Gefangenen freizulassen, zielte der Staat auf ihre ideologische, ihre symbolische Funktion — auf das Beispiel, das sie gesetzt haben und setzen.

Schmidt ließ die 26 Guerillas nicht frei, weil ihre Freilassung so die Kontinuität bewaffneter Politik — die Politik der RAF — Funktion der BRD fürs US-Staatensystem zu zerreißen drohte.

Und so wird der scheinbar überdeterminierte Satz Schmidts von der Zerreißprobe für diesen Staat politisch transparent — es ging um die Frage der Souveränität dieses Staats und seiner vollständigen Abhängigkeit von den USA. Da die USA über die Bundesrepublik auch in Zukunft so verfügen wollen,wie sie während des Vietnamkriegs und während des Jom-Kippur-Kriegs über sie verfügt haben, insistieren sie zwangsläufig auf der Vollständigen Vernichtung der Gruppe, die sie auf diesem Territorium militärisch angegriffen hat, der RAF. Das heißt, des Teils, der innerstaatlichen Opposition, der begriffen hat, daß antiimperialistische Politik hier bewaffnete Politik sein muß.

Unser Abzug aus der Botschaft und die Freilassung der Botschaftsfunktionäre konnte nur durch die bedingungslose Erfüllung unserer Forderung — der Freilassung der Gefangenen aus der RAF — erreicht werden.

Um das Kommando zu entwaffnen, sprengte die BRD-Regierung ihre eigene Botschaft in die Luft. Um die Politik der Guerilla zu treffen, und uns zu denunzieren, wurde uns die Sprengung angehängt.

Und so istKissingers Telegramm an Genscher — seine Formulierung: „ein direkter Sieg im gemeinsamenKampf gegen den weltweiten Terrorismus" — der Begriff dieser Entscheidung und der ihr zugrunde liegenden politischen Strukturen: die Integration der westeuropäischen Staaten in eine einheitlich durchstrukturierte Antiguerillakriegsführung,vermittelt über die Bundesrepublik, den Kernstaat des US-Staatensystems in Europa und ihrer perfektionierten Antiguerillakriegsmaschine.

...

Es war Teil des offensiven Einsatzkonzepts des westdeutschen Staatsschutzes, dem die schwedische Regierung ihre Polizei von Anfang an unterordnete, eines Konzepts in Form von detaillierten Einsatzplänen, die für den Fall eines Guerillaangriffs in der Botschaft bereit lagen, ein Konzept, das von Konsul Schweinitz, dem ranghöchsten nicht gefangenen Botschaftsfunktionär durchgesetzt worden war – er sorgte dafür, daß die schwedi-sche Polizei die taktisch offensive Ausgangsposition im Gebäude hielt. Eine zusätzliche Bestätigung dieser Taktik, die Ultimaten verstreichen zu lassen und nicht zu räumen, gibt die Bundesregierung telefonisch an Schweinitz durch. Entsprechend ist auch die Lüge, die auf der Pressekonferenz zwei Stunden nach unserem ersten Ultimatum, kurz nach der Räumung der Botschaft von zwei schwedischen Polizeioffizieren in Umlauf gebracht wurde: wir hätten Mirbach nach einem einzigen zweiminütigen Ultimatum erschossen, zu verstehen als der Versuch, der Frage, wieso die schwedische Polizei die Botschaft nicht geräumt hat, auszuweichen – und so transportiert diese Lüge nichts anderes, als die Tatsache, daß die schwedische Polizei als direktes Exekutivorgan westdeutscher faschistischer Staatsschutzinstanzen eingesetzt worden war, ist Ausdruck der Integration der Staaten der imperialistischen Kette in einem einheitlich durchstrukturierten Counterinsurgencyapparat.

Es ist BKA-Chef Herold, der im Krisenstab in Bonn die Entscheidung Schmidt's gegen den Austausch der Gefangenen munitioniert: „endlich die langersehnte Konfrontation".

...

Als wir nach Ablauf des ersten Ultimatums klar gemacht hatten, daß wir auch nach dem Nein der Bundesregierung von unserem Ziel der Befreiung von 26 Gefangenen aus der RAF nicht abweichen,

- wurde die nähere Umgebung von der Polizei geräumt,
- wurde uns das Telefon nach draußen gekappt, also der Weg über die Medien zur Öffentlichkeit,
- erhielt das BRD-Fernsehen von der Bundesregierung die Anweisung, die Direktübertragung aus Stockholm abzubrechen; das Fernsehen – hieß es – werde in dieser Nacht ganz bestimmt nicht mehr benötigt.

Nach diesen Vorbereitungen wurden unsere Sprengladungen von Spezialisten des Staatschutzes gezündet, wenige Minuten vor der Explosion befand sich eine Gruppe des Hamburger MEK im Treppenhaus des obersten Stockwerks der Botschaft. Die Sprengung durch den deutschen Staatsschutz war der Versuch – anders als bei der offenen Staatsschutzaktion gegen das Kommando des Schwarzen September '72 – die Liquidierung des Guerillakommandos mit den Methoden der „verdeckten Kriegsführung" durchzuführen, aber genauso wie in München mit dem Kalkül, die eigenen Klassenangehörigen draufgehen zu lassen, um den Versuch, Gefangene aus der Guerilla zu befreien, zu verhindern.

Aktionen der Polizei gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrückt werden können – so Herold '72 unter dem Eindruck des sich in der Bevölkerung der Bundesrepublik entwickelnden Widerstands gegen die Großfahndungen nach der RAF, gegen die Bürgerkriegsszenarien, wie man sie bis dahin nur aus lateinamerikanischen faschistischen Militärdiktaturen kannte.

...

Die BRD ist aufgrund ihrer ökonomischen Stärke und mit ihrem in der imperialistischen Welt am ausgebautesten und modernsten Repressionsinstrumentarium für das transnationale US–Kapital in Westeuropa der Kernstaat, der sozialistische Positionen unterdrücken und hier in Westeuropa den Faschismus der Sozialdemokratie durchsetzen soll – das ist z.B. die Funktion von Brandt in Portugal, das sind jetzt Schmidts Drohungen gegen die Regierungsbeteiligung der italienischen Kommunisten – und das ist das Projekt Maihofers, die westeuropäischen innerstaatlichen Repressionsinstrumente unter Führung des BKA zu organisieren.

Schmidt hat in Stockholm die strategischen Interessen des US-Imperialismus verteidigt, die politische und militärisch-strategische Funktion der BRD, indem er die Befreiungsaktion verhindert hat, und – als Verwalter der amerikanischen Interessen – verhindern mußte.

Guerrila hier, das bedeutet der Krieg im Hinterland des Imperialismus; ihn von den Peripherien in seine Ausgangsbasis zurücktragen, in die Metropolen – und so die Aufgabe im internationalen Befreiungskrieg zu erfüllen, indem wir ihmhier keine Ruhe mehr lassen. Hier seine Kommandozentralen, seine Militärmaschine und Stützpunkte angreifen, seine Strategien und Planungen zerstören, so den Befreiungsbewegungen in der dritten Welt zu besseren Kampfbedingungen verhelfen und darin gleichzeitig verhindern, daß die imperialistischen Staaten unter Führung des US-Imperialismus zur neuen strategischen Offensive gegen die Länder der dritten Welt kommen."

CIA IN DEUTSCHLAND UND ANDERSWO (III)

FRANKFURT (ID) Aus einem ID-Gespräch mit Barton Osborn (s. ID 132, 131):

Der amerikanische Militärgeheimdienst ist hier sehr aktiv. Wir haben gerade heute herausgefunden, daß wir auf der „schwarzen Liste" vom IG Farben Building sind. Dort wurden übrigens auch meine persönlichen Daten geprüft, bevor ich als Agent nach Vietnam ging. Auch andere Agenten, die ich dann in Vietnam anwarb, wurden hier in Frankfurt gecheckt. Das hat zwar einige Wochen gedauert, aber das wurde gemacht, weil Deutschland als „ sicheres Gebiet" zur Unterstützung im Vietnam-Krieg galt.

Das wollten wir im Stammheimer Prozeß bezeugen. Wir wollten ein Bild davon vermitteln, wie das IG Farben Building und das Heidelberger Headquarter für den Krieg in Vietnam benützt wurden; und das war es schließlich, wogegen sich die RAF gewendet hat, als sie diese Institutionen angegriffen hat.

Der Stammheimer Prozeß ist wohl das reaktionärste Justizstück seit Hitler, das konnten wir deutlich genug beobachten.

Auch deutsche Geheimdienstler haben direkt in Vietnam die USA unterstützt. Ich kannte einige von ihnen. Ich war als ziviler Bediensteter des Verteidigungsministeriums unter falschem Namen in Vietnam registriert, beim Mittagessen traf ich die deutschen Geheimdienstler im Marine Offiziers Club. Da ich etwas deutsch spreche, kamen wir schnell in Kontakt. Sie waren offiziell als Mitglieder des Malteser Hilfsdienstes und des Deutschen Roten Kreuzes auf dem Krankenhausschiff „Helgoland" geführt. Da waren natürlich eine Menge richtiger Ärzte, die wirklich den Kriegsopfern auf beiden Seiten geholfen haben - obwohl sie unter Druck gesetzt wurden, nur den Saigonern zu helfen - dazu kam aber eine Gruppe vom deutschen Bundesnachrichtendienst, die ausschließlich da war , um Geheiminformationen zu sammeln und die amerikanischen Geheimdienstpraktiken im Krieg zu studieren. Sie sollten anhand von Vernichtungs- und Völkermordprogrammen wie „Phönix" die Dinge lernen, die sie aus dem zweiten Weltkrieg noch nicht kannten. Vietnam war dafür geradezu ein Modell. Wenn der deutsche Geheimdienst einmal gegen Befreiungsbewegungen in Deutschland oder im Interessengebiet der BRD kämpft, dann wird er diese Erfahrungen gut verarbeiten können.

Persönlich weiß ich von mindestens 6 deutschen Agenten. Sie lebten nicht wie die anderen von der Helgoland auf dem Schiff, sondern in Wohnblocks in der Stadt, wo auch die anderen CIA und sonstigen Agenten wohnten. Ich wohnte zwei Häuser weiter; nach etwa einem Monat wußten wir voneinander, was wir da machten und haben darüber ganz offen gesprochen. Jetzt sind diese Leute natürlich wieder in Deutschland, und das ist die Gefahr: man fühlt sich solang nicht betroffen, solange diese Sachen weit weg im Ausland passieren, aber was man sich hier in Deutschland klarmachen muß, ist dasselbe, was wir auch in Amerika immer wieder sagen: Was der CIA in fernen Ländern macht und was der deutsche Geheimdienst da macht - und beide machen das gleiche - kommt irgendwann einmal ins eigene Land zurück! Die Amerikaner können es noch ver-

kraften, daß beim Phönix-Programm 20 bis 25 000 Vietnamesen umgebracht wurden, aber was sie nicht mehr verkraften können, ist, daß genau dasselbe in den USA passieren kann. Und mittlerweile ist es bald soweit. Die bei „Phönix" erprobte Methode der Identifizierung von Linken wird in den USA bei der CIA - „Operation Chaos" direkt übernommen. Da werden sogar Kongreßabgeordnete, Journalisten und Senatoren ausspioniert und nicht nur linke Hippi freaks.

Die deutschen Agenten, die diese Methoden auch praktisch gelernt haben, können sie ebenso leicht zuhause anwenden. Und sie machen es auch: zumindest die Infrastruktur der Linken haben sie bereits im Blickfeld und sie werden weiter gehen, wenn sie dafür eine Notwendigkeit sehen. Der Punkt ist nur, daß diese Notwendigkeit ohne jede Öffentlichkeit von ihnen selbst festgelegt wird und das führt zu deutlichen Repressionen.

Was man dagegen macht? Man muß auf jeden Fall die Methoden kennen, die die Regierung gegen das eigene Volk, und gegen andere Völker anwendet. Als ein erster, kleiner Schritt muß man praktisch jedem und jedermanns Großmutter klarmachen, daß er ein potentielles Opfer sein kann und daß diese Sachen illegale und illegitime Aktivitäten der Regierung sind.

Und dann kommt man zu der Erkenntnis, - wie es auch uns ehemaligen Agenten gegangen ist -, daß man da nur die Spitze eines Eisberges sieht, daß darunter noch viele unbekannte und schreckliche Sachen sind. Irgendwann erkennt man daraus eine Struktur und die muß man sehr genau verfolgen. Das ist möglich durch internationale Kooperation, durch Arbeiten in Organisationen und auch durch Versuche, an Leute in den Institutionen heranzukommen. Die sind nicht so geschlossen wie man denkt. Wir sind personifizierte Beispiele dafür, daß Leute in eine Institution reingehen, ohne zu wissen, was sie wirklich bedeutet. Und wir haben uns verändert. Nicht jeder, der da arbeitet, ist bewußt und entschlossen bereit, für die reaktionäre Rechte zu kämpfen.

Ich hab mir sehr interessiert die Gesichter der Stammheimer Wächter und Grenzschützer angeschaut. Einige gingen wohl davon aus, wir seien Kriminelle, andere waren sehr freundlich. Man kann sicher nicht alle umdrehen, aber man kann eine Menge Informationen erhalten über die Pläne der anderen Seite.

Der wichtigste Punkt ist natürlich, in Organisationen und Gruppen und auf dem Gebiet der Öffentlichkeit zu arbeiten. Die Veröffentlichung von CIA-Namen, wie sie auch der ID gemacht hat, ist sehr wichtig. Um diese Strukturen zu bekämpfen, muß man sie kennen. Solange man das IG Farben-Building nur als ein großes Haus mit vielen Antennen wahrnimmt, kann man sich nicht vorstellen, was dahinter wirklich passiert. Wenn man es weiß, kann man etwas dagegen machen. Je genauer man den Feind bestimmen kann, desto besser wird die eigene Position.

Wir nennen das, den CIA entmystifizieren. Lange Zeit hatte der CIA keinen Namen, keine Adresse, keine Identität. Er war nur ein Mythos aus James Bond und Krimiliteratur. Nach den CIA-Enthüllungen und den internen Informationen ist dieser Mythos weg. Wenn man weiß, wer die Agenten sind, wo sie wohnen, wenn man den Nachbarn konkret sagen kann, diese Leute bekämpfen eure politische Freiheit, dann bekommt so ein Geheimdienst ein Gesicht, und man kann auch normale Leute davon überzeugen, daß man sich dagegen wehren muß.

Man muß wissen, daß der CIA und die ganzen Geheimdienste überhaupt keinen Begriff davon haben, was Solidarität, was emotionale Beziehungen in einer fortschrittlichen Gruppe bedeuten. Zum Beispiel wir hier in diesem Raum kennen uns erst seit kurzen, aber wir verständigen uns über eine gemeinsame Sache. Für uns ist es nicht so wichtig, wer wir sind und wir brauchen voreinander keine Vorurteile aufzubauen, das ist der Punkt. Den Amerikanern, die im IG Farben-Building alleine und getrennt arbeiten, ist so etwas absolut unverständlich, die können unsere Konsequenzen nicht kapieren. Die befolgen die Befehle, die lesen Dienstanweisungen und stellen keine Fragen nach der Moral oder ob etwas richtig oder falsch ist. Die haben ihren bourgeoisen Lebensstil und ein gutes Gehalt, wenn sie das tun, was man von ihnen verlangt. Aber auch denen kann einmal durch einen Schock - wie es bei uns der Fall war - oder durch langsame Bewußtwerdung klarwerden, was die Konsequenzen ihrer Arbeit sind. Aber bis dahin haben sie keine Vorstellung, was uns und alle fortschrittlichen Bewegungen zusammenbringt. Uns gegenüber stehen maschinell arbeitende Blöcke von Bürokratie und Institutionen, bei denen es keine Emotionen, keine Sensibilität,keine Solidarität gibt. Das ist eine Waffe, die wir haben und die nicht.

INTERNATIONALES

DER KAMPF GEGEN DEN SUPER PHÖNIX

MALVILLE (ID) 7.Juli

Einige Kraftwerksgegener aus dem badischen Raum waren in Malville, wo am ersten Juliwochenende der Zaun des Super Phönix (der erste 1.200 MW-Schnelle Brüter) gestürmt wurde. Ihr Bericht über die Ereignisse bis zum Dienstag, 6.Juli:

„ Mit internationaler Kapitalbeteiligung plant der französische Energiekonzern EDF den Bau eines Schnellen Brüters in einer bisher nicht erreichten Größenordnung. Der 1200 MW-Prototyp, an dem die bundesrepublikanische RWE (Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätsgesellschaft) über ein deutsch-belgisch-niederländisch-britisches Konsortium beteiligt ist, erhielt den Namen SUPER PHÖNIX

Trotz heftiger Proteste der Bevölkerung wurde mit den vorbereitenden Arbeiten auf der riesenhaften Baustelle in der Gemeinde Creys-Malville im Departement Isere am linken Ufer der Rhone im Dezember 1974 begonnen. Die Klage einer Bürgerinitiative auf Aussetzung der vorbereitenden Arbeiten auf der Baustelle wurde vom Gericht am 30.5.75 abgewiesen. Angeblich wegen Lieferschwierigkeiten wurden die Arbeiten aber bis zum September 1976 ausgesetzt.

Der Super Phönix wird 4,5 Tonnen Plutonium enthalten, was die Gefahr einer Atomexplosion beinhaltet. Außerdem wird der Super Phönix mit Natrium gekühlt, das mit dem Kühlwasser explosionsartig reagieren kann. Dies bedeutet die Gefahr der Freisetzung des Plutoniums, das das giftigste Element ist, das der Mensch je hergestellt hat.

Aus all diesen Gründen riefen verschiedene französische KKW--NEIN-Gruppen für den 3. und 4.Juli zur Besetzung der Zufahrtsstraßen zum Super Phönix auf. Die Polizei sperrte daraufhin selbst im Umkreis von 10 km sämtliche Zufahrtsstraßen für den Autoverkehr. Am Samstag, den 3.Juli zogen 10 bis 15.000 Menschen in der sengenden Hitze 10 km in einem schier endlosen Demonstrationszug zum Baugelände. Das Gelände wurde durch einen 3,50 m hohen Zaun geschützt, hinter dem sich ein elektrisch geladener Stacheldraht-Verhau befindet. Am Ende des Geländes stieß der Demonstrationszug auf die CRS (französische Bürgerkriegspolizei), die die Hauptzufahrtsstraße abgeriegelt hatte. Hier fand eine Kundgebung statt, die durch einen Gewitterregen beendet wurde. Viele der Demonstranten aus Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik waren maßlos enttäuscht, daß es so wenig 'action' gegeben hatte. Aber die Organisatoren wollten es bei einem symbolischen Vorbeimarsch am Gelände belassen.

Am Sonntag, den 4. Juli,formiert sich wieder ein Demonstrationszug, der zum Gelände marschiert. Vor dem Zaun stauen sich die Menschen. Es werden Ketten gebildet. Einer reicht dem nächsten Steine und an dem Elektro-Zaun wird eine Steinpyramide aufgeworfen. Einige Dutzend Meter von dieser Stelle sind plötzlich Demonstranten mit isolierten Drahtzangen, die beginnen, den Maschendraht abzuzwicken. Sofort braust die CRS mit ihren Wagen heran. Inzwischen ist die Steinpyramide schon so hoch, daß der erste KKW-NEINer über den Zaun springen kann - genau in die Arme der CRS, die ihn sofort festnimmt. An der Stelle mit dem durchzwickten Maschendraht werden breite Holzplanken über die Stacheldrahtrollen und die elektrisch geladenen Drähte gelegt. Einigen Demonstranten gelingt es noch, auf das Baugelände zu springen. Aber schon spurtet die CRS knüppelschwingend heran und jagt die Demonstranten bis auf die Holzplanken zurück. Die Lage beruhigt sich wieder. Es wird die Forderung erhoben: der festgenommene Kamerad soll sofort freigelassen werden. Schließlich gibt die

CRS nach. Mit großem Jubel wird der Gefangene empfangen.

Wenig später kommt es an den Planken zu einem Durchbruch und einigen hundert Menschen gelingt es, einen Brückenkopf zu bilden. Die CRS, die laufend Verstärkung erhält, bildet einen drohenden Halbkreis um den Brückenkopf. Plötzlich beginnt die CRS Tränengasgranaten in die Menge vor dem Baugelände zu schießen. Das Stoppelfeld vor dem Baugelände geht dadurch in Flammen auf. Das schnelle Eingreifen der KKW-NEINer verhindert eine Ausweitung des Brandes.

Am Brückenkopf kommt die Diskussion mit den CRS-Offizieren in Gang. Die CRS verspricht, wegen der Brandgefahr keine Tränengasgranaten mehr zu verschießen. Nachdem die Brände schon lange gelöscht sind, trifft endlich die Feuerwehr ein. Wasser ist in diesen Mittagsstunden das wichtigste. In der fast baumlosen Ebene brechen viele Demonstranten in der unerträglichen Hitze zusammen. Die Feuerwehr hat ein Einsehen und spritzt unter großem Jubel die Demonstranten naß, fährt weg, füllt ihren Tank erneut und kommt ein zweitesmal, um die ersehnte Abkühlung zu bringen. Mit großem Beifall wird auch ein Bauer begrüßt, der mit seinem Traktor einen Tankwagen mit Wasser bringt.

Unter den Demonstranten kommt es nun zu einer heftigen Diskussion, ob der Brückenkopf, der jetzt etwa 30m auf das Baugelände reicht, zurückgenommen werden soll. Als weitere fünf Züge schwerbewaffneter CRS aufmarschieren, löst sich das Problem von alleine. Der Brückenkopf wird bis zu den Überresten des Zaunes zurückgenommen. Nach einem Nachmittagsgewitter sitzen am Abend noch einige hundert KKW-NEINer an der Zaunlücke.

Mittlerweile ist auch ein Lautsprecherwagen durch die umliegenden Dörfer gefahren und hat berichtet, was am Gelände des Super Phönix vorgefallen ist. Die Aufklärung kommt ganz gut an. Viele Leute sind gegen den Super Phönix - aber nach jahrelangem erfolglosen Protest haben die meisten schon resigniert. Deshalb hatte es am Samstag und Sonntag oft den Anschein, daß die ganze Aktion mehr eine touristische Aktion ohne größere Beteiligung der lokalen Bevölkerung ist.

Nachdem die Polizei am Sonntagabend ihre Straßensperren aufgehoben hat, wird das Hauptcamp der Demonstranten an der Zaunlücke errichtet, was der zuständige Bürgermeister erfolglos verbietet. Wegen der unerträglichen Hitze wird am Montag aus den Überresten des Zaun und aus Zweigen über der Zaunlücke ein Sonnendach errichtet.

Am Montag herrscht unter den Demonstranten immer noch Uneinigkeit darüber, wie es nun weitergehen soll. Die Organisatoren wollen eine Zaunlücke räumen, damit die EDF wieder einen kleinen „symbolischen" Zaun errichten könne. Die meisten Demonstranten lehnen diesen Vorschlag ab. Allerdings bleibt die Frage, wie sich mit maximal 500 KKW-NEINern die inzwischen 50 m breite Zaunlücke gegen die CRS verteidigen lassen soll. Trotz der Uneinigkeit wird am Montagabend der Sieg im Camp an der Zaunlücke mit einem großen Fest, mit Musikgruppen, einen KKW-NEIN-Clown und vielen anderen Gags ausgelassen gefeiert.

An der Zaunlücke hat sich mittlerweile das Verhältnis zwischen der Gendamerie (die inzwischen die CRS ersetzt hat) und den Demonstranten eingespielt. Zwischen KKW-NEINern und Polizisten werden Zigaretten ausgetauscht und über die Gefahren des Super Phönix diskutiert.

Am Montag abend wird im Camp ein großes Zeltdach aufgebaut, das als Schutz vor der unbarmherzigen Hitze und den Nachmittagsgewittern dient. Außerdem nimmt das Zeltdach in etwa die Funktion der Rundhäuser von Wyhl und Marckolsheim wahr. Hier finden die nun mehrmals täglich einberufenen ‚Generalversammlungen' statt, wo über das weiter Vorgehen beraten wird. Am Dienstag war sich die Generalversammlung einig, daß dem „Wunsch" des Bauleiters der EDF auf der Ein-Meter-Linie vor dem Zaun einen symbolischen Stacheldraht zu ziehen, nicht nachgekommen wird. Außerdem wurde beschlossen, daß die Pressearbeit und die Aufklärung in den Dörfern verbessert werden muß. Die Zaunlücke läßt sich nur verteidigen,das verbotene Camp nur halten, ein Baustopp nur erreichen, wenn sich möglichst viele Menschen an der Zaunwache beteiligen.

Deshalb ist bei den französischen Freunden auf jeder KKW-NEINer aus der BRD gerne gesehen. Nehmt regenfeste Zelte und viele Waserkanister mit. Malville ist über Genf -Bellegarde-Pont d'Ain - Montalieu (N 75) zu erreichen."

ANTI–KKW BEWEGUNG IN DÄNEMARK

SKANDERBORG (ID) 8. Juli

Auch in Dänemark bewölkt sich sich der Atomhimmel - die Regierungsbehörden haben große Eile, einige Gesetze zur Atomenergie noch im Sommer vom dänischen Parlament Folketing verabschieden zu lassen. Der Bau von 14 KKWs ist bisher geplant.

Durch ein „Atomgesetz" soll den Ortsansässigen und den Gemeindeämtern das Recht auf Mitbestimmung in Sachen Atomenergie entzogen werden. Man kann dann nicht mehr wegen Umweltgefahren klagen.

Eine offizielle Meinungsumfrage ergab im März, daß 45% der Befragten gegen Atomenergie sind (vor allem Leute aus den geplanten Standortgebieten), daß 34% dafür sind und 21% noch keine Meinung haben.

Allerdings waren 75% der Befragten gegen Regierungsentscheidungen zum jetz igen Zeitpunkt. Die Mehrheit der Atomenergi befürworter sitzt in den Regierungsstellen.

In Dänemark haben sich überall Atomgegner organisiert und arbeiten in über 100 lokalen Gruppen.

Ihre Forderungen sind:

1) Die Meinung der Bevölkerung muß von den Politikern respektiert werden; dazu wurde am 22.Mai von etlichen tausend Leuten ein Aktionstag gemacht und überall Unterschriften gesammelt.

2) Breite Aufklärung statt der Propaganda der Elektrizitätswerke, die dazu noch vom Verbraucher mit seiner Stromrechnung bezahlt werden. Informationen über die Gefahren im „Sicherheitsgürtel", über Langzeitschäden werden vorenthalten, die enormen Kosten der Anlagen runtergespielt. In mehrern westeuropäischen Ländern bestehen darüber hinaus Pläne, Aufbereitungsanlagen und atomare Mülldeponien vor die Küste Dänemarks zu legen.
Nutzung von alternativen Energiequellen.

3) Über die durchaus realistischen Energiequellen von Sonne und Wind schweigt man. Erste positive Versuche von dänischen Gruppen erwähnt man nicht.

4) Aufschiebung der Beschlußfassung. Da die Beschlüsse schon im Juni fallen sollen und das erste KKW in diesem Jahr in Skanderborg bet eben werden soll, ist die Sache sehr brenzelig. Zur Zeit versuchen die lokalen Gruppen vermehrt, durch Straßentheater, Schau tafeln, Zeitung, Broschüren, Aufkleber etc. den Widerstand zu vermehren.

Kontakt: OOA, Organisation til Oplysning om Atomkraft, Worsaevej 5, 1972 Kobenhava V, Tel. 37 71 81

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations–Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

AUFRUF DES 18. JOINTS

PARIS (LIBERATION/ID) 5. Juli

Am 18. Juni veröffentlichte die französische Tageszeitung Libération den „Appel du 18 joint" (es handelt sich hier um ein Wortspiel: das französische Wort für Juni, juin, wird ähnlich wie das Wort joint ausgesprochen), in dem 150 Unterzeichner die Legalisierung der „weichen Drogen" fordern.

Hier die Übersetzung des Aufrufes:

„Zigaretten, Pastis, Aspirin, Kaffee, Rotwein, Beruhigungsmittel sind Teile unseres täglichen Lebens. Dagegen kann ein einfacher Joint aus Cannabis (unter seinen verschiedenen Formen: Marijuana, Haschisch, Kiff, Öl) einen ins Gefängnis oder zum Psychiater bringen.

Dutzende offizieller Dokumente (insbesondere La Guardia in den USA, Wooton in Großbritannien, Dain in Kanada) haben gezeigt, daß Cannabis keinerlei physische Abhängigkeit erzeugt, im Gegensatz zu sogenannten „harten" Drogen, wie Heroin, und auch zu Tabak oder Alkohol und hat keinerlei vergleichbare gesundheitsschädliche Wirkung („nicht mal eine Bronchitis, außer bei starken Rauchern" schreib in den USA der Direktor des Nationalen Instituts gegen den Mißbrauch von Rauschmitteln.). Der Inhalt dieser Dokumente wurde niemals der französischen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht, man hat es vorgezogen, die große Presse Verleumdungskampagnen, die sich auf alberne Lügen stützen, führen zu lassen.

In zahlreichen Ländern schon — USA (Kalifornien, Oregon, Alaska), den Niederlanden, Kanada ..., wurden die Gesetze bezüglich Cannabis erheblich gemildert. In Frankreich wird weiterhin die Verwechslung von harten und weichen Drogen, großen Händlern, Zwischenhändlern und einfachen Konsumenten betrieben. Das erlaubt, eine immer stärker werdene Unterdrückung aufrech zu erhalten und zu verschärfen: seit 1969 kann die Polizei bei jedem Hausdurchsuchungen durchführen, ohne Durchsuchungsbefehl, zu jeder Tages- und Nachtzeit, unter dem Vorwand, nach Rauschmitteln zu suchen. Das erlaubt massive Festnahmen von Jugendlichen und Polizeikontrollen. Es dient als Rechtfertigung zur Verhaftung von Hunderten von Personen, kleine Wiederverkäufer oder Raucher, obwohl jeder weiß, daß die großen Heroinbosse frei herumlaufen. Die Gefangennahmen sind natürlich selektiv und treffen hauptsächlich Jugendliche, vor allem Arbeiterjugendliche und Immigranten, hauptsächlich auf dem Land.

Trotzdem rauchen tausende und abertausende heute in Frankreich Cannabis, in den Zeitungsredaktionen, Gymnasien, Universitäten, Büros, Fabriken Ministerien, Kasernen, Konzerten, politischen Kongressen, daheim, auf der Straße. Jedermann weiß es. Um diese heuchlerische Stille aufzuheben, erklären wir hier öffentlich, daß wir schon einmal Cannabis geraucht haben, zu verschiedenen Gelegenheiten und, eventuell, die Absicht haben, rückfällig zu werden. Wir betrachten jede Form der individuellen Unterdrükkung als unzulässig, die der polizeilichen Willkür unterworfen ist und beabsichtigen, alle davon betroffenen Opfer aktiv zu unterstützen. Wir verlangen, daß folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Entkriminalisierung des Cannabis,seines Gebrauchs, seines Besitzes, seiner Züchtung oder Einfuhr auf französischem Boden in Mengen zurüblichen Konsumtion.

— Eröffnung von Informationszentren über Substanzen, die die Psyche beeinflussen, in alphabetischer Reihenfolge: Alkohol, Cannabis, Heroin, Kokain, LSD, Medikamente, Tabak usw..

Wir beziehen uns nur auf die Gesetzgebung bezüglich Marijuana, nicht auf die Vermarktung. Wenn sich Joint-Trusts dessen bemächtigen, so ist das eine Frage der Gesellschaft. Dieser Text ist kein Aufruf zum Konsum. Er zielt lediglich darauf ab, eine absurde Situation zu beenden."

Unter den 150 Erstunterzeichnern sind bekannte Journalisten, Ärzte, Anwälte,Musiker, Filmemacher, Schauspieler, Schriftsteller und Zeichner. Alle, die sich dem Aufruf anschließen wollen, schreiben an Appel du 18 joint, c/o Libération, 27, rue de Lorraine, 75019 Paris.



Francois Chatelet verliest den "Aufruf des 18. Joints" im Jardin des Plantes.

10-STUNDEN DAUERMEETING FRANZÖSISCHER FRAUEN GEGEN VERGEWALTIGUNG

PARIS (ID) 26. Juni

Zu dem Treffen im traditionsreichen Versammlungssaal der Pariser Linken, der „Mutualité" hatten hauptsächlich Pariser autonome Frauengruppen aufgerufen. Es kamen aber von außerhalb so viele Frauen, daß der Saal im Laufe des Abends mit 3.000 übervoll wurde. Der Eingang und der große Saal waren mit Transparenten, Collagen, Blumen und Wandbehängen geschmückt. Fast alle Collagen bezogen sich auf das Thema Vergewaltigung in der Werbung und im Film. Es wurden auch sexistische Artikel in linken Zeitungen angegriffen.

Um 14 Uhr ging es dann los. Einige Frauen machten Musik und viele tanzten.

Schwierig wurde es dann, als eine Gruppe von Frauen die Diskussion um ein „Unterstützungskomitee für vergewaltigte Frauen" eröffnen wollte. Eine Frau, Marie Josée, berichtete über ihre Vergewaltigung und die bornierte Reaktion der Polizisten auf ihre Anzeige. Deswegen und vor allem wegen der psychischen Belastung meinte sie und die Gruppe um sie herum, daß es für alle betroffenen Frauen wichtig sei, von einer Gruppe von Frauen unterstützt zu werden. Dabei sei gerade auch Hilfe von Juristinnen zur Absicherung der minimalen Rechte der Frauen nötig.

Einige Frauen wandten sich spontan gegen die Gründung eines solchen Komitees: es müsse erst grundsätzlich geklärt werden, ob es richtig sei, bei der Justiz Anzeigen zu erstatten.

(Aspekt der zwangsläufigen Nutzlosigkeit bei einer sexistischen Männerjustiz, Aspekt der Nutzlosigkeit der Bestrafung einzelner in einem System, wo die Vergewaltigung der Frauen auf allen Gebieten das (Über)Lebensprinzip der Männer ist, andererseits Aspekt der offensiven Publizierung und Möglichkeit, auf dieser Ebene Bewußtsein zu schaffen.)

Ein weiterer Einwand kritisierte die Begrenzung der Diskussion auf reaktive Maßnahmen, frau solle durch Selbstbewaffnung und kollektive Selbstverteidigung Vergewaltigungen zu verhüten versuchen.

Die Diskussion mußte jedoch im großen Saal abgebrochen werden und verlagerte sich in viele kleine Gruppen an den Büchertischen am Eingang. Das lag zum einen daran, daß für den überfüllten Saal zu wenig Mikrofone zur Verfügung standen, zum anderen an Differenzen mit Frauen, die sich zum autonomen MLF (mouvement pour la libération des femmes) zählen, wie zum Beispiel den trotzkistischen Petroleuses.

Schließlich hat sich der Wunsch durchgesetzt, mit einander zu tanzen, und das lief dann auch fantastisch! Nach Ansicht vieler Frauen war das und die Diskussionen am Rande ein guter Ausgangspunkt für zukünftige Aktionen und Diskussionen.

Zum Abschluß des Treffens gabs dann noch die staatliche Vergewaltigung: viele Frauen , die nach Mitternacht,als wir den Saal verlassen mußten, noch nicht nach Hause gehen wollten, auf der Straße tanzten und weitersangen, wurden unter dem Beifall von schimpfenden Männern von einem Polizeiaufgebot auseinandergetrieben, beleidigt und sogar in die Geschlechtsteile getreten.

Die Reaktion der Presse auf das Treffen war ziemlich positiv, abgesehen von der linken Tageszeitung Liberation, berichteten auch viele bürgerliche Zeitungen wie z.B. Le Monde entweder scheinsachlich oder mit Sympathie über Inhalt und Verlauf der zehn Stunden. Sogar das Fernsehen gab den Organisatorinnen zu einer günstigen Sendezeit in einem Interview eine knappe Stunde Zeit, um über Gewalt gegen Frauen, das Meeting und die Diskussion darüber im MLF zu sprechen.

WIE DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE ABTREIBUNGSKLINIK „BLOEMENHOVE" WEITERGING

HEEMSTEDE (ID) 7. Juli

Ungefähr 300 Frauen hatten den „Bloemhoeve" besetzt, um die Schließung durch die Justiz zu verhindern. (ID 129) Das Klinikpersonal war mit der Aktion einverstanden.

Dieser „Fall Meemstede" spiegelt den Kampf zwischen Abtreibungsgegnern und -befürwortern(innen) wider und hat in der holländischenÖffentlichkeit großes Aufsehen erregt. In Presse und Fernsehen wurde täglich ausführlich darüber berichtet. In Deutschland ging die Pressefreiheit mal wieder nur soweit, daß nur in wenigen Zeitungen kurze Notizen erschienen, die aber weder die Hintergründe erklärten, noch eine Meinungsbildung ermöglichten.

Die Leitung der Klinik beschloß dann, die Frauen offiziell einzuladen, damit die Polizei keinen Vorwand für Verhaftungen hatte. Die Frauen forderten:

— Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch
— Abtreibung auf Krankenschein
— Die Frau bestimmt
— Wir fordern vom Justizminister und von der Regierung eine Garantie, daß die Staatsanwaltschaft nicht mehr eigenmächtig in Abtreibungskliniken eingreifen wird
— Die „Bloemhove"-Klinik muß geöffnet bleiben
— Kein weiteres Hinausschieben der Verhandlungen über die Legalisierung der Abtreibung. (Anm.: Es liegen drei Gesetzentwürfe vor, die Fristenlösung, Indikation und Freigabe beinhalten. Die Entscheidung darüber wird bewußt verschleppt, weil daran die Koalition zwischen Konfessionellen und Sozialisten zu zerbrechen droht.)

Bericht über die Besetzung einer Abtreibungsklinik in Holland

Die Besetzung dauerte vom 18.5. bis 2.6.. Sie wurde nach einem Vollversammlungsbeschluß aller Besetzer abgebrochen, weil keine weiteren, den Kliniksbetrieb bedrohenden Maßnahmen zu erwarten waren und die Besetzer aber durch wiederholtes Ankündigen und Ausbleiben einer Entscheidung über die Räumungder Klinik sowie durch Bombendrohungen zermürbt werden sollten.

Eine Alarmgruppe blieb zurück , die nötigenfalls in kürzester Zeit eine neue Besetzung initiieren kann. Es wurden auch Gruppen gebildet, die für Aktionen verantwortlich sind, die mit dem „Fall Heemstede" und die Forderungen der Frauen zur Novellierung der Abtreibungsgesetze bekannt machen sollen.

SIEG DER BAUARBEITER VON CADIZ

SPANIEN(ID) 30, Juni

Im ID vom 5. Juni haben wir über Arbeitskämpfe in der Provinz Cadiz (Andalusien) berichtet und zur materiellen Unterstützung des Bauarbeiterstreiks aufgerufen.

Am 18. Juni, nach40tägigem Ausstand, haben die Bauarbeiter von Cadiz die Arbeit wieder aufgenommen. Damit ging einer der härtesten und größten Arbeitskämpfe zu Ende, den die Provinz seit dem Bürgerkrieg erlebt hat. Die Geschlossenheit von zuletzt 20.000 Streikenden zwang Unternehmer und Provinzregierung buchstäblich in die Knie. Die Unternehmer mußten Lohnerhöhungen von 5.000 bis 6.000 pts.(200 bis 280 DM) zugestehen und alle Entlassenen wieder einstellen, die Regierung mußte die 18 verhafteten Arbeiter wieder freilassen und die verhängten hohen Geldstrafen zurücknehmen.
Obwohl auf Lohnforderungen konzentriert, hat der Streik eine umfassende Bedeutung für die Arbeiterbewegung der Provinz. Wie seit Jahren schon bei den kämpferischen Weinarbeitern um die Sherry-Stadt Jerez, hat sich jetzt auch im Bausektor die faschistische Kontrolle durch Zwangssyndikat und Polizeiapparat als wirkungslos erwiesen. "Für uns — so schreibt ein Militanter — steht die Würde der Arbeiterklasse auf dem Spiel, für die insgesamt dieser Kampf einen großen Schritt voran bedeutet."
Wir geben eine Zusammenfassung der Ereignisse:
Der Streik beginnt am 10. Mai in Jerez und einigen Nachbarorten, die Woche darauf schließen sich die Maurer aller anderen Orte der Westprovinz an. Mindestens 15.000 der 20.-25.000 Bauarbeiter sind im Ausstand. Unmittelbarer Anlaß sind die niedrigen Löhne: Ein Bauhilfsarbeiter in Cadiz verdient nur 11.300pts.(= 450 DM), in Malaga und Sevilla dagegen 17.500 (= 700 DM). Die Arbeiter fordern eine einheitliche Erhöhung von 8.000pts. , eine freie Arbeitergewerkschaft und die völlige Aufhebung von Akkord und Überstunden. Die letzte Forderung zielt auf die hohe Arbeitslosigkeit, die in der Provinz auf 10-15% geschätzt wird.
Bereits in den ersten Tagen entlassen die Unternehmer mehrere hundert Streikende. Ihre Wiedereinstellung erheben die Bauarbeiter als weitere Forderung. Ein Lohnzuwachs von 2.750pts. ,den das Kapital nach 9 Tagen anbietet, wird auf Ortsversammlungen einmütig zurückgewiesen.
Diese Versammlungen, die regelmäßigund in größeren Orten mit immer mehr als 1000 Bauarbeitern durchgeführt werden, sind die

tragende Säule des Streiks. Alle Entscheidungen werden dort ge= troffen,aus Repräsentanten aller Orte wird eine Kommission ge= bildet, die den Streik koordinieren und die Verhandlungen mit den Unternehmern führen soll. Das vertikale Syndikat ist damit ausgeschaltet. Im Verlauf des Streiks sehen sich die Unternehmer gezwungen, die Kommission als einzige Vertretung der Arbeiter anzuerkennen.
Seit der dritten Streikwoche mischt sich die Provinzregierung massiv ein. 18 Arbeiter werden verhaftet, Geldstrafen verhängt, Gleichzeitig verbietet der Gouverneur jede'nicht-autorisierte " Geldsammlung, um so den Streikfonds der Arbeiter das Wasser ab= zugraben. Die ökonomische Solidarität ist aber in allen Orten gut organisiert, die Unterstützung durch die Bevölkerung groß. Ein Militanter schreibt: "Diese Arbeiterklasse ist wundervoll. So hat das Regime einer Reihe Arbeitern hohe Geldstrafen auferlegt und sie ins Gefängnis gesteckt, weil sie nicht bezahlen können. Wir haben Geld für sie gesammelt. Aber sie wollen, daß von diesem Geld die Kinder der Streikenden essen sollen. Für sich wollen sie nicht einen'duro' (5 Peseten-Stück) , denn damit stärke man nur das Regime. Für den Streik sammeln wir über alle Syndikatsgre= mien, die wir in der Hand haben. Aber bei so niedrigen Löhnen und einer so großen Zahl von Streikenden ist das sehr schwierig, viel können wir unmöglich helfen. Aber bis jetzt sind sie (die Streikenden) voller Kraft ...".
Mit der ökonomischen Solidarität bleibt die Streikfront ungebro= chen. In der vierten Woche geben nur einige hundert Arbeiter auf, während sich einige tausend aus Algeciras und La Linea (bei Gibraltar) neu anschließen.
Eine zweite Offerte der Unternehmer von 3.000pts. , wird von den Versammlungen Anfang Juni geschlossen zurückgewiesen. Am 15. Juni setzt die Arbeiterkommission in Vermittlungsgesprächen durch, daß die Löhne der Provinz auf das Niveau von Sevilla an= gehoben werden. So erhält jetzt ein Bauhilfsarbeiter im Monat 17.525 pts. (700). Noch wichtiger ist, daß alle Entlassenen wie= dereingestellt werden und alle Gefangenen freigelassen werden. Ab Freitag, dem 18. Juni wird auf den Baustellen der Provinz Cadiz wieder gearbeitet.

Die Portugal-Spanien-Gruppe Westberlin hat zur materiellen Unterstützung der streikenden Bauarbeiter aufgerufen. Aus ih= rem Spendenkonto hat sie auf sicheren Wegen 5.000 Mark an die Streikfonds in der Provinz Cadiz überwiesen.

POLIZEIAKTION GEGEN BESETZTE KIRCHE

BARCELONA(ID) 30. Juni

Den seit Wochen andauernden Streik der Metallarbeiter von "Motor Iberica" (s. ID 129, kurz bevor wir weggefahren sind) haben die Frauen und Kinder der Entlassenen unterstützt. Seit dem 1.Juni hatten 500 von ihnen die Kirche in San Andres besetzt gehalten. Das ist ein Arbeitervorort von Barcelona. Am Samstag(26.6.) hat die Polizei mit einem Masseneinsatz Uniformierter die Frauen und Kinder brutal aus der Kirche rausgeworfen. Damit ist die Besetzung zunächst beendet. Die Kirche, die mit Parolen vollgemalt und mit Plakaten beklebt ist, wird jetzt von Polizei und Guardia Civil bewacht.

Die drei Priester von San Andres haben die Räumung scharf ange= griffen und sich mit den Frauen un den Arbeitern solidarisiert. Überhaupt wird dieser Streik von einer riesigen Welle von Solidarität getragen. Nachbarschaftsorganisationen der Stadtviertel von Barcelona und Umgebung brachten Essen und Spielzeug für die Besetzerinnen und ihre Kinder. Die "Nationale Arbeiterkomission von Katalonien" solidarisierte sich mit den Streikenden. Solidaritätsstreiks in anderen Metallbetrieben wie Seat, Macosa, Aismalibar und El Ramo de Agua fanden am 15. Juni mit insgesamt 30tausend Metallarbeitern statt.
Die französischen Gewerkschaften CGT und CFDT solidarisierten sich ebenso wie die kanadische Automobilarbeitergewerkschaft. Besitzer von Motor Iberica ist der kanadische Konzern Massey—Ferguson, der auch den Metallgroßbetrieb Perkins in Madrid kontrolliert. Dort in Madrid boykottieren die Arbeiter sämtliche Überstunden. Der Streik der Arbeiter von Motor Iberica dauert an.

NEUES VON DER ALTERNATIV-SCENE – PEOPLE'S HABITAT

ENGLAND (ID) 30. Juni

People's Habitat: vom 29.5. bis 6.6.76 sollte hier auf einer Gegenveranstaltung zur offiziellen Hauman Settlements Conference der Unesco in Vancouver gezeigt werden, was die Basis, die people selbst, alles auf die Beine stellen kann, wenn es darum geht, das Wohnen, die Technik und die Arbeit, die Umwelt – das Leben überhaupt menschenwürdiger und naturgerechter zu gestalten.

Die Idee und Initiative zu dem Festival ging hauptsächlich von einzelnen Mitgliedern der Gruppe „Intermediate Technology Publications" aus; Verschiedene andere Gruppen wurden angesprochen; an Vorbereitung und Organisation schließlich beteiligten sich eine ganze Menge von Leuten, die in irgendwelchen Alternativ-Gruppen mitarbeiten und auch einzelne mit Initiative. Dabei waren nicht nur etliche Kompetenzschwierigkeiten aufgetreten, sondern auch die Verbindlichkeit und der Einsatz waren sehr schwankend. Zu allem Überfluß hatten sich die Behörden alle möglichen Hindernisse einfallen lassen, so daß die Genehmigung zu dem Festival reichlich spät gegeben wurde. Auch für den weiteren Verlauf war ihnen jedes Mittel recht, Knüppel zu schmeißen, von hochbürokratischer Bearbeitungsmanier bis zur Androhung von Polizeieinsatz. Für den Besucher freilich stellten sich all diese Umstände als mittleres Chaos dar, in dem er seine Schwierigkeiten hatte, die Alternative zu erleben.

Zunächst einige Informationen zu den teilnehmenden Gruppen:

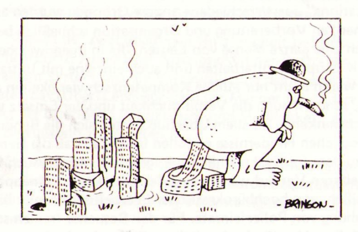
Die „Intermediate Technology Development Group" besteht seit 1965 und hat das Ziel, für die 3. Welt Möglichkeiten in der technologischen Entwicklung aufzuzeigen, die entsprechend dem jeweiligen aktuellen Entwicklungs- und Bevölkerungsstand dieser Länder den Einsatz an Arbeitskräften maximieren und den an Kapital und spezialisiertem Fachwissen verringern können. Großen Wert legen die „Zwischen Technologen" (die zwischen den primitiven Techniken der 3. Welt und den hochentwickelten der west lichen Industrienationen vermitteln wollen) auf die Erforschung der für ein Volk oder einen Stamm jeweils spezifischen Sozialstruktur, um nur diejenigen technischen Neuerungen einzuführen, die das überkommene soziale Gefüge nicht zerstören.

So ist es z.B. ein Unding, dort, wo die Landwirtschaft in den Händen der Frauen liegt, schwere und komplizierte landwirtschaftliche Maschinen einzuführen,. Denn da der Umgang mit Technik wiederum Männersache ist, würden die Frauen aus ihrem angestammten Aufgabenbereich verdrängt werden, was einen großen Funktionsverlust und damit eine Verringerung der Wertschätzung innerhalb der Gemeinschaft zur Folge hätte.

Hier gibt es unendlich viele Möglichkeiten, die „small technology" einzusetzen, d.h. einfache, langlebige, handliche, von Menschenkraft zu bewältigende Apparate. Oft wird dabei auf europäische Modelle aus der Zeit der Manufakturen zurückgegriffen und leicht verständliche Anleitungen zum Eigenbau ausgearbeitet. Hand in Hand mit der Entwicklung geeigneter Technologien auf dem landwirtschaftlichen Sektor gehen Forschungen auf dem Gebiet der Wasserversorgung, Transport, Vorratswirtschaft, Wind- und Sonnenenergie, Gesundheitswesen usw..

Andere Teilnehmer waren Abgesandte vom „Centre for Alternative Technology". In einem ungenutzten Steinbruch demonstrieren sie, daß man bequem und gut leben kann, wen man zusätzlich zu den sich erschöpfenden Energiequellen der Welt (z.B. Erdöl), wovon wir ohnehin mehr verbrauchen, als uns gerechterweise zusteht, andere, unerschöpfliche Energien (z.B. die Sonne) nützt. Zu besichtigen gibts dort alle Arten von alternativer Energiegewinnung, darunter auch Methangasgewinnung aus organischen Abfällen und andere Möglichkeiten des Abfall-Recycling, aber auch organischen Gemüseanbau, Karpfenzucht, elektrisch betriebene Transportfahrzeuge. Ein bemerkenswertes Experimentierzentrum, in dem die technische Entwicklung ziemlich weit fortgeschritten ist. Leider waren sie bei People's Habitat nur mit theoretischen Informationen, Diavorträgen usw. dabei. Ab dem 16. August wird im Zentrum in Wales ein einwöchiger Alternativ-Energie-Kongreß stattfinden.

Aus Leeds kamen Leute vom „Future Studies Centre", nicht nur um uns täglich die Wettervorhersage zu liefern, sondern vor allem, um uns ihre gesammelten Nachrichten über alternative Projekte, Treffen, Pläne, Konferenzen und Veröffentlichungen aus allen Ländern der Erde zukommen zu lassen. Hauptsächlich geht es ihnen um intermediate/soft technology und um die Berücksichtigung der Menschen in und die Beteiligung der Öffentlichkeit an Zukunftsforschungen. Das Zentrum versucht zwischen den unzähligen Gruppen, die sich mit einer menschlicheren Zukunft beschäftigen, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungs- und Informationsaustausch zu ermöglichen.



Die „Friends of the Earth" nahmen mit einer Vielzahl von Aktionen teil. Ihr Konzept ist u.a., Verwüstetes Land nutzbar zu machen in einem Staat, der sich nicht selbst mit Frischgemüse versorgen kann; Volksschulabgängern, die die Arbeitslosigkeit erwartet, durch „urban farming" eine Möglichkeit zu bieten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wohltuend waren ihre praktischen Ansätze: so hatten sie z.B. in der Nähe der Docks zwei leerstehende Häuser angemietet. Sie wollen zeigen, wie Wohnungen mit einem großen Anteil der erforderlichen Energie versorgt werden können, indem natürliche Energiequellen genutzt werden. Dabei greifen sie auf leicht auszuführende Techniken, Altmaterial bzw. gebrauchte Gegenstände (z.B. vom Schrottplatz) zurück. Auf der einen Dachseite entsteht bereits ein Gewächshaus, eine Windmühle zur Elektrizitätsversorgung ist auch schon im Bau. Geplant sind u.a. eine Regenwasserspeicher, natürlich eine Sonnenheizung und auch Fischteiche und Hühnerställe, um nicht nur bezüglich der Energie, sondern auch bezüglich der Nahrungsmittel die Selbstversorgung einzuleiten.

Etwas zu sehen gab es bei den „streetfarmers", die seit sechs Monaten auf einem Stück Dockgelände Esel, Ziegen, Schafe, Kaninchen und Geflügel halten. Ländliche Idylle inmitten den Überresten einer ehemals hochtechnisierten Umgebung. Ein grotesker, ausgeflippter Anblick. Wieweit sich von diesem Projekt leben läßt, ist noch nicht raus.

Eine Kommune aus Bath war samt Töpfen, Pfannen und Herden angereist, um die Festivaller mit Alternativkost zu versorgen. Da gab es frischen Salat in Vollwertpfannekuchen eingewickelt. Reisbällchen mit Rosinen und andere Köstlichkeiten, die angesichts der brüchtigten englischen (Weißbrot-)Küche Schlaraffenlandgefühle aufkommen ließen.

Beeindruckend war das Gelände, auf dem das Festival stattfand: die ehemaligen Londoner Docks. Die Umstellung auf Containertransport hatte es mit sich gebracht, daß die Schiffe zu groß geworden waren, um die Themse heraufzuschippern und die dortigen Londoner Hafenanlagen zu benutzen. Es hatte sich als wirtschaftlicher erwiesen, die Container von den Küstenhäfen mit LKW und Eisenbahn nach London zu verfrachten, als die Hafenanlagen umzubauen. So wurden die Docks mit ausgebaggertem Themseschlamm zugeschüttet.

So findet man heute an dieser Stelle eine weite Ebene, tot und trostlos. Der Boden ist grauschwarz, ausgetrocknet und rissig wie in einer Wüste. Eine bizarre Silhouette zieht sich am Horizont entlang: Fabrikschornsteine, Mietskasernen, Hafengebäude, gigantische Reste ausgebrannter Lagerhallen, Ruinen — zur Hälfte mit ausgetrocknetem Schlamm angefüllt. Schwarze Eisenbahnschwellen liegen herum; geköpfte Telegrafenmasten, deren Kabelwurzeln aus der Erde gerissen sind; erstarrte hochgereckte Kranarme; ein Containerfriedhof — unbrauchbar geworden, wirken die Überreste dieser giganteischen Anlage noch riesiger.

Am Rande dieses ausgestorbenen Feldes fand das Festival statt. Bunte Freeks flitzten umher, Bretter und Werkzeuge schleppen bauten Zelte auf und lärmten wie auf einem Marktplatz.

Uns kam eine Vision von neuen Anfang, von einer neuen Kultur, die hier auf und mit den Resten der alten, untauglich gewordenen aufgebaut wird, die kapitalistische Kultur hat versagt, ist untergegangen. Wie Troja VI auf Troja V folgt, so stellten wir uns vor, daß wir hier dabei sind, eine neue Schicht London für spätere Archäologen anzulegen.

Es ist Zeit für die „small technology", „Small is Beautiful" (Titel eines Buches von E.F.Schumacher, dem Gründer der Intermediate Technology Development Group). Aus dem ausgetrockneten, rissigen Themseschlamm wächste eine neue, menschlichere Kultur.

Die Aktionsplätze des Festivals lagen in Gebäuden, Schulen, Kirchen oder Höfen, über zwei Meilen zerstreut entlang einer Straße, die rund um das Dockgelände führt. Kleine Fabriken, Lagerhallen, schmutzigrote Backsteinwände, Reihenhäuser prägen das Straßenbild. Noch auffälliger als sonst in England ist der Unrat auf der Straße. Abgearbeitet aussehende Leute, Massen von Kindern und Hunden, die gemeinsam herumstreunen und überalle ihre Nasen hineinstecken.

Am ersten Wochenende sah alles aufregend vielversprechend aus: der Windmühlenturm der „Friends of the Earth" warfertiggemauert, das Windrad mit den Segeln wartete nur darauf, hochgezogen zu werden. Die Sonnenenergie-Freaks hatten die schrägen Gerüste für die Sonnenkollektoren aufgestellt, die die Kollektoren senkrecht zu den auftreffenden Sonnenstrahlen halten sollen. Ein junger Mann aus der Nachbarschaft war dabei, für die Kinder eine Seilbahn zu bauen. In den säuberlich abgegrenzten Beeten der Schrebergärtner sproß das erste Grün. Eine Bühne für die Musiker, Informationsstände, ein Verkaufstisch für Makrobiotisches, eine Riesenkuppel aus einem mit Plastikfolie überzogenen Holzgestänge als Treffpunkt und Schlafsaal und viele Menschen, sowohl Alternativ-Fans von sonstwoher als auch Arbeiter und Frauen und unzählige Kinder aus den umliegenden Wohnungen.

Aber dann kam alles ganz anders: die Kuppel brach unter der Last der daran herumturnenden Kinder zusammen und konnte nicht ersetzt werden. Somit verlor das Festival sein Zentrum und dadurch wahrscheinlich auch den Zusammenhalt. Weil der Hauptplatz und die verschiedenen Treffpunkte, wo die diversen workshops jetzt stattfinden mußten, so weit verstreut lagen und nur nach längerem Fußmarsch erreicht werden konnten, kam die Koordination ins Wanken und alles wurde schrecklich unübersichtlich. Waren die Redner überhaupt gekommen und konnten endlich auch ein Diaprojektor aufgetrieben werden, so war es immer noch schwierig, den jeweiligen Veranstaltungsort herauszubekommen. War es uns dann trotz aller Hindernisse gelungen, an einem Workshop teilzunehmen, fiel es uns oft nicht allzu leicht, den Ausführungen zu folgen. Das lag nicht nur an unseren mangelhaften Sprachkenntnissen oder etwa dem Londoner Vorstadtslang. Auch Einheimische beklagten sich über mangelnde Vermittlungsbemühungen der alternativ-technology-Elite gegenüber Unkundigen. Und das, wenns doch darum geht, technologische Probleme und Projekte für jedermann verständlich und ausführbar zu machen.

Der zweite große Nachteil, den der Zusammenbruch der Kuppel mit sich brachte, war, daß an gemeinsames Schlafen nicht mehr zu denken war. Die Festivaller liefen jeden Nachmittag auseinander, ein jeglicher zu seiner Schlafstelle — wo doch gerade nach der tea-time die communication-time zu beginnen pflegt. Also keine Chance für informelles Beisammensein, für abendliche Gespräche und Erlebnisse. So spielte die Band allabendlich so lange vor einer annähernd leeren Wiese, bis sie vom Frust erschüttert, die Instrumente wieder einpackten. Die alten Heizkörper, die man als Sonnenkollektoren verwendete, wurden im Lauf der Woche zwar mattschwarz gestrichen (wie es sich für einen Sonnenkollektor gehört) und mit Wasser gefüllt, aber die Teile, die nötig wären, um das Ding endgültig zum Funktionieren zu bringen, waren nicht

zu beschaffen. Also keine Gelegenheit, alternative Energiebeschaffung live zu erleben.

Die Windmühle drehte sich nach drei Tagen tatsächlich — es war uns eine echte Freude, das zu sehen. Nur die Pumpe, mit der die Windmühle Wasser für die anliegenden Schrebergärten aus einem Tümpel heraufpumpen sollte, traf die ganze Woche nicht ein.

Die Schrebergärten: diese hatten mit dem Festival direkt nichts zu tun. Auf Betreiben der „Friends of the Earth" war den Anliegern das nutzlose Land in den aufgeschütteten Docks für unbestimmte Zeit kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Seit Februar 1976 versucht nun die Anlieger, darauf ihr Gemüse anzupflanzen und ihr Geflügel großzuziehen. Das im Themseschlamm abgelagerte Gift scheinen die Planzen laut Untersuchungen staatlicher Stellen nicht aufzunehmen. Der Gemüseanbau soll angeblich auch sonst problemlos sein — kaum zu glauben, daß die Pflänzchen in den schnurgeraden Reihen zwischen den harten Schlammbrocken, wo das mühsam herbeigeschleppte Wasser blitzschnell versickert, jemals überleben sollen. Aber bislang gedeihen sie und immer mehr Leute machen mit. Allerdings sind sie bisher nicht vom Schrebergärtnerdenken abzubringen: kollektive Bebauung kommt für sie nicht infrage. Auch berührt sie das politische Konzept der „Friends of the Earth" kaum. So war auch ihre Einstellung zum Festival: „Ihr macht euern Kram und wir unseren, so kommen wir uns nicht in die Quere." so ähnlich dachten wohl auch die anderen Bürger, die ihren abendlichen Spaziergang über den Platz machten. Neugierde ja, Interesse nein.

Das konnte man ihnen kaum übelnehmen, denn auch wir hatten Schwierigkeiten, ein Betätigungsfeld zu finden aktiv werden zu können. Die Vermittlungsbemühungen der Leute in den Workshops waren ziemlich mäßig, wie schon gesagt, so bekam man auch im praktischen Teil das Gefühl, eher als Besucher und Beobachter angesehen zu werden, denn als Gleichgesinnter, der das Bedürfnis hat, sich auch mal praktisch alternativ zu betätigen. Kaum eine Spur von Integration, von Zusammengehörigkeit.

Wenn auch die auf dem Festival selbst ausgestellten Projekte ziemlich enttäuschend waren, so hat uns doch beeindruckt, daß es so viele Leute gibt, die es auf die eine oder andere Weise besser machen wollen, als wir es bisher gemacht haben. Vor allem, daß die Praxis bereits angegangen worden ist. Gleichzeitig wurde uns mal wieder erschreckend klar, daß keine Zeit zu verlieren ist, daß eigentlich jeder sich dranmachen müßte, die Alternativen weiter zu erforschen und zu erproben, bevor alles zu spät ist, und wir an unserer eigenen Engstirnigkeit und Lahmarschigkeit zugrunde gehen.

(aus: „Carlo Sponti")

RÜCKBLENDE — MAI '76

SCHWEIZ (ID) 7. Juli — Der „Zeitdienst" — ein seit über 20 Jahren erscheinendes Alternativorgan — veröffentlicht mit etwas Verzögerung eine Monatschronik wichtiger Ereignisse aus der Schweiz. In der Nr. 25 vom 2. Juli erschien die „Rückblende" Mai.

1. Mai — *Frauen besetzen leerstehendes Cafe in Genf.* Rund hundert Frauen und Kinder beteiligten sich an der Aktion, die der Forderung nach einem Lokal für die Bedrüfnisse der Frauen Nachdruck verleihen soll.

Zürcher Rechte lanciert Berufsverbots-Initiative. Dienstverweigerern soll im Kanton Zürich jede Lehrtätigkeit untersagt werden, fodert die Initiative, die von den Rechtskräften von Freisinn und SVP lanviert wurde und weit über die Gilgen-Vorschriften hinausgeht.

Lohnkürzungen für 450 Arbeiter in Aarau. Die Elektrofirma Sprecher & Schuh hat Löhne und Arbeitszeit um 20 Prozent gekürzt.

Lohnkürzungen für 155 Arbeiter in Winterthur. Die Stahlbaufirma Geilinger hat für rund ein Viertel der Belegschaft Löhne und Arbeitszeit um 10 Prozent gekürzt.

Arbeiter demonstrieren für Recht auf Arbeit. In der ganzen Schweiz fanden am Tag der Arbeit große Demonstrationen statt.

4. Mai — *Berner Arbeitslosenkomitee gegen Berner Regierung.* Das Komitee fordert die Aufhebung des vom Großen Rat gutgeheißenen Beschlusses, wonach ab 1. Januar 1977 Arbeitslosenentschädigungen versteuert werden müssen.

5. Mai — *Schweizer Typographen mit BRD-Druckern solidarisch.* Der STB beschließt, jeden Versuch, den Streik der BRD-Drucker mit Auftragsverlagerungen zu unterlaufen, zu verhindern.

Protest gegen Genf-Besuch des US-Botschafters. Das Genfer Chile-Komitee und die PdA protestieren gegen den Besuch von US-Botschafter Davis bei der Genfer Regierung Davis war zur Zeit des Putsches in Chile dort Botschafter.

6. Mai — *Arbeiter wegen Widerstand gegen Vertragsbruch entlassen.* Die Luftfrachtabteilung von Jacky Maeder hat drei Arbeiter auf die Straße gesetzt, weil diese sich weigerten, einen neuen Arbeitsvertrag zu akzeptieren, in dem der 13. Monatslohn gestrichen worden war. Ursürünglich waren acht entlassen worden — fünf kapitulierten vor der Erpressung.

Schweizer Armee — schon jetzt gegen das Volk. Bei Schießübungen am Monte Ceneri schlugen — zum wiederholten Mal — Querschläger im Dorf Medeglia ein. Obschon die Bevölkerung bereits mehrmals in Bern protestiert hat, veranstaltete das EMD weiterhin Schießereien.

8. Mai — *Typographen-Demonstration für GAV-Einhaltung.* Über 600 Typographen nahmen an der Demonstration in Olten teil, an der vom SVB die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages verlangt und gegen die Verschleppung der Verhandlungen über den Teuerungsausgleich protestiert wurde.

9. Mai — *Neofaschisten eröffnen in Bern eine Niederlassung.* Nur weil die Berner Polizei eine Protestdemonstration der demokratischen Kräfte unter den italienischen Fremdarbeitern (wie 1973) befürchtete, wurde eine öffentliche Feier für den Club des Comitato Tricolore — zu der sogar die Stadtberner Regierung eingeladen wurde — untersagt.

10. Mai — *Polizeieinsatz gegen Y-Demonstranten.* Die Zürcher Polizei nahm 24 Demonstranten fest, die die Gauger-Fabrik besetzt hatten, um deren Abbruch zu verhindern. Auf dem Posten wurden Frauen und Männer „zur Person und zu ihren Beweggründen" befragt, erläuterte der „Tages-Anzeiger".

11. Mai — *Teilfusion von „Basler Nachrichten" und „National-Zeitung".* Zum Zwecke der Konsteneinsparung haben die „Basler Nachrichten" und die „National-Zeitung" beschlossen, künftig eine gemeinsame Börsenseite zu drucken. Kurz zuvor hatten die beiden Zeitungen bereits eine gemeinsame Verträgergesellschaft gegründet.

Zürcher Studentenzeitung soll mundtot gemacht werden. Weil „das konzept" und „zürcher student." merhheitlich politische Themen behandeln, soll ihnen die finanzielle Unterstützung entzogen werden. Diesen Entscheid fällte die Hochschulkommission, die den beiden Zeitungen rechtswidriges Verhalten vorwirft.

12. Mai — *170 Arbeiter in Kriens auf der Straße.* Der amerikanische Konzern Burlington Industries schließt die Spinnerei Kriens. Die Fabrik war erst am 1. Dezember 1975 von der Burlington-Tochter Schappe aufgekauft worden. Burlington war 1972 von der schweizerischen Textilindustrie zum zum Aufkaufen in die Schweiz geholt worden. Alle Firmen — in Basel, der Ostschweiz und der Innerschweiz — wurden von Burlington inzwischen geschlossen und deren Arbeiter auf die Straße gesetzt.

Schweizer Firma hilft rhodesischen Rassisten. Die Schweiz verhalf der weißen Regierung von Rhodesien zu 14 Flugzeugen aus Neuseeland. Weil die Flugzeuge „nie das schwei-

zerische Hoheitsgebiet berührten", wurde das Waffenembargo nicht verletzt, teilten EMD und EPD mit. Der Name der Firma, die neuseeländische Gesetze umgehen half, wurde von der bürgerlichen Presse natürlich verschwiegen.

14. Mai *Brandanschlag gegen das Zürcher Bezirksgericht.* Begründet wurde die Aktion mit dem Tod von Ulrike Meinhof.

Studenten protestieren gegen Meinungs-Maulkorb. Rund hundert Studenten nahmen an der Kundgebung gegen die Hochschulkommission teil, die „das konzept" und „zürcher student" die finanziellen Mittel entziehen will (siehe auch 11. Mai und 20. Mai).

Unternehmer prellt Arbeiter um Löhne. Die Baubedarfsfirma Intertek kann ihren zwölf Arbeitern die geschuldeten April-Löhne nicht mehr bezahlen. Die Arbeiter hatten die Firma bereits Ende April besetzt, die Aktion aber am 7. Mai abgebrochen, als die GBH mit den Verhandlungen begann (siehe auch Rückblende April).

Brandanschlag gegen BRD-Firma in Zürich. Das Kommando Werner Sauber setzte, als Antwort auf den „Mord auf Raten an Ulrike Meinhof" einen Lastwagen der Krupp-Niederlassung in der Schweiz in Brand.

Oberster Schweizer Militärrichter tritt zurück. Oberauditor Brigadier Ernst Lohner, der für den harten Kurs gegenüber Dienstverweigerern verantwortlich ist und gegen den bei der Straßburger Menschenrechtskommission ein Verfahren läuft, tritt altershalber in den Ruhestand.

Brandanschlag gegen Baubaracke am Ypsilon. Bei der Brandstelle wurden Flugblätter gefunden, die einen Baustopp für den Milchbucktunnel fordern.

Zürcher SP fordert Baustopp am Ypsilon. Die Delegiertenversammlung der SP der Stadt Zürich hat eine Resolution verabschiedet, die einen Baustopp für den Milchbucktunnel fordert.

15. Mai *Nationale Spanien-Demonstration in Bern.* Über 5.000 Personen beteiligten sich in Bern an der Kundgebung für Amnestie der politischen Gefangenen und politische und gewerkschaftliche Freiheit in Spanien.

18. Mai *Tessiner Beamte im Streik für neuen GAV.* Rund 250 technische Angestellte des Kantons Tessin legten die Arbeit nieder, um ihre Forderung nach Erneuerung des GAV Nachdruck zu verleihen.

19. Mai *CVP befürchtet „Volksfront" zwischen Freisinn, SP und PdA.* In ihrem Pressedienst sagt die CVP der von „Freisinnigen, Kommunisten, Liberalen und Sozialdemokraten" lanvierten Initiative für die Fristenlösung den Kampf an. Diese stelle einen „Anschlag auf tragende Grundpfeiler unserer Verfassung" dar.

Klassenjustiz vor Divisionsgericht 10 in Aigle. Der Walliser Flugplatzdirektor, Brigadier Philippe Henchoz, der seinem Ex-Schwiegersohn, Major Peclard, „Einsicht in Dokumente" gewährt hatte, die dieser kopierte und Vertretern einer französischen Rüstungsfirma „zur Kenntnis brachte", wurde freigesprochen. Der Major wurde, unter Anrechnung von drei Tagen Untersuchungshaft, zu sechs Monaten Gefängnis, bedingst erlassen auf drei Jahre, verurteilt.

20. Mai *Solidaritätskundgebung für „das konzept" in Zürich.* Mehrere hundert Sympathisanten nahmen an der Demonstration teil, an der auch Walter Matthias Diggelmann, ein VSS-Vertreter und der Zürcher SP-Präsident Hansjörg Braunschweig sprachen.

21. Mai *2 Monate für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen* durch das Divisionsgericht 9a. Der Verurteilte hatte bereits 1974 aus dem gleichen Grund eine zweimonatige Strafe absitzen müssen.

100 Arbeiter in Ebikon auf der Straße. Der Schindler-Konzern hat für dieses Jahr noch einen „Abbau um rund 100 Personen" vorgesehen.

Solidaritätspetition für Bruno Bollinger. Für Bollinger, der im April aus politischen Gründen von Landis & Gyr entlassen worden war, ist eine Petition lanciert worden.

Solidaritätsstreik der Freiburger Journalistikstudenten. Die Vorlesungen werden boykottiert, weil ein Assistent ohne Grund entlassen wurde.

Berner Theologen machen Brugger auf Schah-Verbrechen aufmerksam. Brugger soll bei seinem Besuch beim Schah nicht nur an die Wirtschaft denken, sondern auch gegen die Inhaftierung, Folterung und Hinrichtung von politischen Gefangenen protestieren.

24. Mai *Streik von 50 Arbeitern wegen GAV im Tessin.* Die Belegschaft der Gummifabrik Rex in Mendrisio hat die Arbeit niedergelegt, um die Erneuerung des GAV durchzusetzen.

Schweizer Flugzeuge für Burma. Da der PC7 nur „Schulungszwecken" (Schulung wozu?) diene, wird er nicht als Kriegsmaterial eingestuft. Sollten aber, so erklärt das EMD, Änderungen — auch nur geringfügige — vorgenommen und in der Schweiz „Vorrichtungen" eingebaut werden, wäre die Ausfuhr bewilligungspflichtig. ...

26. Mai *Kampagne gegen deutschen Rechtsradikalen erfolgreich.* Karl F. Grau, GReund von Strauß, Vinvera und verschiedenen Kantonspolizeikommandanten (siehe Leitartikel in diesem ZD, sowie die Rückblende vom April) wurde wegen seiner Wühler-Arbeit mit Ausweisung gedroht. Das Furgier-Departement sah sich zu dieser Maßnahme gezwungen, nachdem die Grau-Aktivitäten in verschiedenen Zeitungen bloßgelegt worden waren und Nationalrat Renschler eine Einfache Anfrage einreichte.

Schweizer Waffen für Spanien und Iran. Der Bundesrat sieht sich „nicht veranlaßt", für Persien und Spanien ein Waffenausfuhrverbot zu erlassen, obschon in beiden Ländern politische Gefangene gefoltert, in Persien sogar ermordet werden.

31. Mai *7 Arbeiter in Altdorf auf der Straße.* Die Werbeabteilung der Dätwyler AG wurde um 7 Personen auf 5 „abgebaut".

Arbeiterpriester in Vira auf die Straße gesetzt. Der Entlassene war gewerkschaftlich aktiv.

Konzentration geht weiter. Die Mettler Optic in Greifensee hat die Präzisionsinstrumentenfabrik Micromat in Lonay „übernommen". Das Werk wird geschlossen. Die „geeigneten Umzugswilligen" sollen übernommen werden.

90 Arbeiter in Studen auf der Straße. General Motors hatte der halben Belegschaft des GM-Lagers die freiwillige Kündigung auf Ende Mai „nahegelegt".

Paris-Athen

mit dem Fahrrad. Georges Krassovsky und seine Freunde organisieren vom 14. Juli (französischer Nationalfeiertag) bis etwa 15. September eine „fahrradökologische" Tour von Paris nach Athen. Ziel dieser Reise ist es, zu zeigen, daß es möglich ist, sich von der Sklaverei der Bequemlichkeit und der falschen Bedürfnisse zu befreien, einen ökologischen Tourismus zu fördern. Verschiedene Versammlungen und Aktionen mit Ökologiegruppen und der Bevölkerung der durchquerten Gebiete sind vorgesehen. Grobe Reiseroute: Paris - Lyon - St. Tropez - Turin - Mailand - Florenz - Rom - Neapel - Brindisi - mit dem Segelschiff nach Patras - Korinth - Athen. Alle Informationen: Combat pour l'homme, 7 rue Boucicaut, 75015 Paris.

Marsch auf Naussac

Zum 7. und 8. August ruft das „Komitee zur Erhaltung des Tales von Naussac" zu einer Versammlung in Naussac bei Langogne (Lozere) gegen den Bau eines Staudamms auf und gegen die Vertreibung von 300 Bauern.

NESTLE – DER SANFTE KILLER

ZÜRICH (ID) 8. Juli Das Züricher Alternativ-Magazin „focus" veröffentlicht in seiner Juli-Nr. eine Übersicht der Anschuldigungen gegen Nestle, die auch Gegenstand des Prozesses gewesen sind (s. „Trockenmilch für Nestle" in dieser Nummer und ID 106). Weitere Materialien dazu und zur Geschichte und Verflechtung von Nestle können bezogen werden bei: focus, Postfach 161, CH-8033 Zürich.

Am 22.Juni begann vor dem Berner Gericht die dritte Hauptverhandlung im Ehrverletzungsprozess der Nestle gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt. (Ein gleicher Prozeß, den Nestle gegen focus angestrengt hatte wurde vom Konzern wieder zurückgezogen).

NESTLES BEWEISE: RASSISTISCHE SPRÜCHE...

Das Gericht hat entschieden, daß für jede der Parteien nur zwei der beantragten Zeugen vorgeladen werden;
Für die Arbeitsgruppe Dritte Welt:
- Prof. D.B. Jeliffe. Er hat bereits am 26.Februar dieses Jahres vor Gericht ausgesagt.
- Dr. G.J. Ebrahim.
Für die Firma Nestle:
- Prof. Dr. F.E.A. Lesi, University of Lagos, Lagos, Nigeria
- Schwester Silvia Probst, Leiterin des Ernährungszentrums Ibanda Hospital, Mbarara, Uganda.
Bereits bei der Auswahl der Zeugen ist der Nestle allerdings eine Panne passiert. Prof. Lesi wurde kurzfristig zurückgezogen (angeblich weil er terminlich verhindert ist...) und durch den wadtländischen Missionar Andre Bisset ersetzt. Bei beiden Zeugen der Arbeitsgruppe Dritte Welt handelt es sich um unabhängige Fachärzte mit einer langen Tätigkeit in Ernährungsfragen der Dritten Welt und einer großen Anzahl entsprechender Fachpublikationen.

Das Dossier von Nestle enthält Einladungen von UNO-Fachkommissionen zu Seminaren, an denen mit Kinderärzten und anderen Milchfirmen zusammen über die Werbung für Muttermilchersatz und Möglichkeiten zu ihrer Einschränkung verhandelt wurde, ferner eine Sammlung von wohltönenden Reden, die von Nestle-Vertretern bei dieser Gelegenheit gehalten wurden.

Schließlich enthält es als Prunkstück einen Brief des Berner Arztes und gescheiterten Politikers Dr. Sutermeister, der als Verfasser rassistischer Hetztiraden bekannt ist. Mit dem Brief, der an eine deutsche Fernsehanstalt mit Kopie an Nestle gerichtet ist, will Nestle offenbar beweisen, daß am durch Saugflaschenernährung verursachten Elend „nicht die multinationalen Konzerne, sondern die ‚befreiten' analphabetischen Niggerregierungen" (so Dr. Sutermeister im von Nestle vorgelegten Brief) die Schuld trügen.

.......UNWAHRHEITEN.......

„Schon immer", so behauptet Nestle dem Gericht und der Presse gegenüber, habe sie ihren Muttermilchersatz mit dem ausdrücklichen Hinweis verkauft, Muttermilch sei das Beste für ein Baby.

Nestles Big Boss, der Delegierte des Verwaltungsrates Dr. A. Fürer höchstpersönlich, hatte an der Pressekonferenz vom 28.11.75 in Bern dazu ausgeführt: „Wir haben auch ältere Broschüren durchgeblättert und festgestellt, daß wir seit Jahrzehnten darauf hinweisen, die Ernährung an der Mutterbrust sei das Beste. Schon immer wurde unterstrichen, die Kindermittel seien vor allem eine Ergänzung der Muttermilch..."

Man war deshalb bei Nestle wenig erbaut, als die Arbeitsgruppe Dritte Welt dem Gericht ein Tonband mit der Radiowerbung von 1974 im westafrikanischen Staat Sierra Leone einreichte (es handelt sich um einen Webespot mit Musik, der in Englisch und diversen lokalen Sprachen ausgesendet wird). Der Text, der schlecht zu Nestles Behauptungen passen will:

„Gib Deinem Baby Liebe und Lactogen. Eine wichtige Nachricht für Mütter! Lactogen ist jetzt sogar besser, denn es enthält mehr Eiweiße, und dazu Vitamine und Eisen, alles, was nötig ist, um dein Baby stark und gesund zu machen. Lactogen Full Protein hat jetzt einen noch rahmigeren Geschmack und ist garantiert von Nestle. Lactogen und Liebe."

Dieser Spot wurde 135mal monatlich in den verschiedenen Sprachen Sierra Leones ausgestrahlt. Erst nachdem der Nestle-Prozeß große Publizität erhalten hatte, wurde er zurückgezogen.

Englischen Journalisten gegenüber tischte Nestle die Geschichte auf, die Radiostation von Sierra Leone habe sich nicht an Nestles Anweisungen gehalten und irrtümlich den falschen Spot ausgesendet!

Daraufhin unterbreitete die Arbeitsgruppe dem Gericht Beispiele von Nestle-Werbung der Jahre 1970 bis 1975 aus Jamaica, Peru, Senegal, Kenya, St. Vincent (West Indies) und aus der Schweiz–alle ebenso ohne den geringsten Hinweis auf die Überlegenheit der Muttermilch - und wartet jetzt auf ebenso fantansievolle Rechtfertigungsversuche.

EIN INSERAT AUS DER SENEGALESISCHEN TAGESZEITUNG „LE SOLEIL"

„Club Nestle.
(Foto eines Kleinkindes).
Cheikh Ameth Tidiane, 9 Monate alt, ist eines der hübschen Bébés, die diese Woche in den CLUB NESTLE aufgenommen wurden. Unsere Glückwünsche seinen Eltern, Herrn und Frau Ba, wohnhaft in der cité S.O.M., villa No. 24, Hann-Dakar.

Haben Sie auch ein Bébé, auf das Sie stolz sind? Senden Sie sein Foto im Format 9 x 12 an NESTLE, Postfach 503, Dakar, und fügen Sie seinen Namen, Geburtsdatum und Adresse hinzu. Viele Eltern senden uns Fotos für die Aufnahme in den CLUB NESTLE, die gestellt wirken. Wir bitten alle Freunde des Clubs, uns natürliche Fotos zu senden.

NESTLE schenkt den hübschesten Bebes sehr schöne Geschenke, und das beste Foto der Woche erscheint in dieser Zeitung.

WÄHLEN SIE FÜR IHRE KINDER IMMER NESTLE Nido (Babymilch), Cerelac (Getreidebrei), das ist wirklich das beste, was es gibt."

Hierzu schreibt der Arbeitsgruppe Dritte Welt ein Schweizer Sozialarbeiter-Ehepaar aus Dakar:

„Nestle-Werbung dieser Art, das wird Ihnen nicht neu sein, erschien im „Soleil" fast täglich. Als kräftigste Aussage des Inserats (auch im Druck) erachte ich den Schlußsatz: „Pour vos enfants, choississez toujours Nestlé NIDO CERELAC, c'est vraiment ce qu'il y a de mieux!"

Zahlreiche der Familien der „Bidonville", mit denen wir in Kontakt waren, erachteten es als etwas vom Höchsten, einmal ein Bild eines ihrer Kinder in die „Soleil" bringen zu können. Da ihnen das Geld für ein Foto fehlte, „belagerten" mich Mütter und Väter vor meinem Büro mit der Bitte, ihr Kind für diesen Zweck zu fotografieren."

„NESCAFÉ MACHT IHR BABY INTELLIGENTER"

Das folgende Zitat stammt aus dem Artikel „Evolution de l'alimentation dans les pays en voie de développement" von Henri Dupin und Thierry Brun (Cah. Nut. Diét. VIII, p.289). „1970 machten wir in der Republik Elfenbeinküste mit Medizinstudenten eine kleine Untersuchung über Kinderernährung. Wir stellten überrascht fest, daß Mütter ihren 19 oder 20 Monate alten Babies Nescafé verabreichten. Die Studenten kamen unserer Unkenntnis zur Hilfe: Der folgende kleine Satz wird dreimal täglich über das nationale Radionetz ausgestrahlt: „Nescafé macht die Männer stärker, die Frauen fröhlicher und die Kinder intelligenter."

Man muß zugeben, daß dieses Reklameargument durchschlagend ist und die Adjektive sind gut gewählt....Aber in ihrer Arglosigkeit nahmen viele Mütter diesen „Rat" ernst, und um ihre Kinder zu fördern, setzten sie ihn schon im frühesten Alter in die Tat um."

Journalisten, die deswegen an Nestlés Hauptsitz in Vevey vorsprachen und um Unterlagen baten, erhielten als „Beweis" verantwortungsbewußter Marketingspraktiken ein farbiges Plakat mit dem Bild einer stillenden Mutter und dem Text: „Breast feed baby, but when you supplement your breast feeding, use a really good brand of powder milk: Lactogen." (Stille dein Kind, aber wenn du zum Stillen eine Ergänzungsnahrung brauchst, so verwende eine wirklich gute Pulvermilch: Lactogen). Sowohl das amerikanische Magazin „Time" als auch die Berner Lokalzeitung „Der Bund" druckten das Plakat als Beweis guter Nestlé-Werbung ab.

Der Journalist, der zuvor in vier afrikanischen Ländern recherchiert hatte und das erwähnte Plakat abdruckte, mußte dann zugeben, daß ihm dieses auf seiner ganzen Afrika-Reise nirgends begegnet sei. Auch die Arbeitsgruppe ist bei ihrer Recherche in Afrika - mit etwa zwei Dutzend medizinischen Stellen, Ärzten, Spitälern besteht ein intensiver Austausch - nie auf dieses Plakat gestoßen, das Nestlé nun den Journalisten in Vevey ausgehändigt hat! Demgegenüber händigte sie dem Gericht Plakate, Radio-Spots und Schriften aus, in denen Nestle das Stillen nicht propagierte.

...UND SCHIEFE 'WISSENSCHAFTLICHE' ARGUMENTE

Die Rolle des wissenschaftlichen Verteidigers übernahm vor Gericht und an einer Pressekonferenz Nestlé-Vizedirektor Dr. H.R. Müller mit einem Vortrag über „Ernährung und Kindersterblichkeit."

Darin versuchte der Autor nachzuweisen, daß sich der derzeitige Rückgang des Stillens günstig auf die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit auswirkt. Für seine Beweisführung rühmt er sich, wissenschaftliche Rapporte beigezogen zu haben. Das trifft zu: die zitierten Schriften sind wissenschaftlich. Die Auswahl der Zitate und die Schlußfolgerungen des Autors sind es allerdings nicht.

Es sind im wesentlichen drei Argumente, mit denen Nestle ihre Werbetätigkeit als gerechtfertigt darzustellen versucht:
- Die Kleinkindersterblichkeit nimmt an den meisten Orten ständig ab, und der Gebrauch künstlicher Milche nimmt zu, deshalb kann Pulvermilch nicht schädlich sein.
- Der Hauptgrund für die hohe Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern ist das zu niedrige Gewicht der Kinder bei der Geburt.
- Die Mütter in Entwicklungsländern können in der Regel ihre Kinder schon wenige Wochen nach der Geburt nicht mehr genügend stillen. Deshalb ist Pulvermilch als Ergänzung notwendig.

Was ist von derartiger Argumentation zu halten? Im folgenden soll gezeigt werden, daß Nestlés Beweisführung der Vernebelung und Verzerrung, nicht der Erhellung der Problematik dient.

In jedem Statistiklehrbuch wird unter dem Namen „nonsense correlation" (Herstellung unsinniger Zusammenhänge) ein verpönter Trick beschrieben: man nehme zwei Meßreihen mit zufällig gleichlaufendem Trend und behaupte, es gäbe einen kausalen Zusammenhang.

Nach diesem altbekannten Rezept geht Nestlé zu Werke: sie legt Zahlen der WHO vor, die zeigen, daß in den meisten Entwicklungsländern die Kleinkindersterblichkeit abnimmt und schließt daraus, es bestehe ein kausaler Zusammenhang mit dem zunehmenden Gebrauch der Saugflasche. Dies ist aber methodisch nicht zulässig: aus der bloßen Tatsache, daß zwei Ereignisse gleichzeitig auftreten, kann man nicht schließen, daß das eine die Ursache des anderen ist. Nestlés Behauptung ist falsch. Statistiken aus aller Welt beweisen: Sterblichkeit und Erkrankungsziffern sind bei flaschenernährten Säuglingen viel höher als bei gestillten Säuglingen.

Der Rückgang der Sterblichkeit hat verschiedene und komplexe Ursachen, wie etwa die Einführung leistungsfähiger Gesundheitsdienste, Verbesserungen in der Trinkwasserversorgung, Schulbildung, verbesserte Einkommensverhältnisse etc. Die Verbreitung von Pulvermilch und Saugflasche hat dagegen keine positive Rolle gespielt, im Gegenteil. Dies zeigen diejenigen Statistiken, die gestillte und flaschenernährte Säuglinge getrennt erfassen: sie beweisen, daß die Sterblichkeit bzw. die Erkrankungsziffern bei flaschenernährten Säuglingen um ein vielfaches erhöht ist.
Hier einige Beispiele:
1969/70 wurden 1712 Mütter in 15 chilenischen Dörfern über ihre Ernährungsgewohnheiten und über das Schicksal ihrer in den letzten fünf Jahren geborenen Kinder befragt.

Nach den im Bulletin der Welt-Gesundheitsorganisation veröffentlichten Resultaten war die Sterblichkeit bei Flaschenkindern um rund zwei Drittel höher.

Eine weitere Studie wurde 1971 in drei arabisch besiedelten Dörfern in Westgaliläa (Israel) unternommen. 610 Kinder wurden auf Gewicht und Spitalaufenthalt wegen Gastroenteritis hin untersucht. Auch hier ähnliche Resultate: während von den nur durch Stillen ernährten Kindern 6,7% unterernährt waren, schnellten die Prozentzahlen bei reinen Flaschenkindern auf 30,2%. Und während von den Flaschenkindern 24,8% wegen Gastroenteritis ins Spital mußten, waren es bei den Brustkindern nur 3,4%.

Zu einem ebenso klaren Ergebnis kommt eine Studie aus Jamaica. Bei den dort untersuchten Kindern war die Rate von Brechdurchfällen bei flaschenernährten Kindern in den ersten vier Lebensmonaten mehr als dreimal höher.

In den Unterlagen der Arbeitsgruppe Dritte Welt hat es noch weitere Beispiele, alle mit genauen und ausführlichen Zahlenangaben und den Quellenhinweisen.

Säuglingsgrab auf dem Friedhof in Chingwele ausserhalb Lusakas in Sambia. Aufgenommen 1969, aus einer privaten Sammlung eines Tropenmediziners. In Sambia ist es üblich, dass die Mütter einen Gegenstand, der in Beziehung zum Kleinkind stand, auf sein Grab legen.▼



DEN FALSCHEN KRONZEUGEN ZITIERT

Nestlé zieht gerne Schweden als Beispiel heran, das Land mit der kleinsten Kindersterblichkeit der Welt. Noch kürzlich anläßlich der Zeugeneinvernahme von Prof. D.B. Jelliffe hat Nestlé versucht, hierfür die „fast völlige" Aufgabe des Stillens verantwortlich zu machen (in Wirklichkeit zeigte eine kürzliche Studie in Uppsala, daß 52% der Frauen 3 Monate lang ausschließlich stillten). Und in der Studie von Dr. Müller zitiert Nestlé, um den Nutzen ihrer Produkte ins richtige Licht zu setzen, einen der renommiertesten Spezialisten auf dem Gebiete der Säuglingsernährung, den schwedischen Pädiatrieprofessor Bo Vahlquist:

„Der Ernährung während der ersten Lebensjahre wird ganz besondere Beachtung geschenkt. So gebraucht man ausschließlich industriell hergestellte adaptierte Milcherzeugnisse sowie qualitativ hochwertige homogenisierte Kindernahrung in Gläsern."

Dieses aus dem Zusammenhang gerissene und unkorrekt übersetzte Zitat trug Nestlés Dr. Müller promt einen Protestbrief aus Uppsala ein: er mußte sich vom so miß-zitierten Bo Vahlquist sagen lassen, in Schweden sei zuerst die Kindersterblichkeit auf unter 20 Promille gesunken, und erst nachher habe die Stillhäufigkeit abgenommen. Daß sich im übrigen Schweden nicht sehr gut zu Vergleichen mit der Dritten Welt eignet, dürfte einleuchten. Zur Situation in den Entwicklungsländern schrieb Nestlés vermeintlicher Kronzeuge Vahlquist 1972:

„Für die überwiegende Mehrheit der Familien in den vorindustriellen Ländern trifft die Behauptung nicht nur heute, sondern auch in kommenden Jahrzehnten zu, daß Stillen für ein Baby in den ersten sechs Lebensmonaten wörtlich Leben oder Tod bedeutet, und ebenfalls für eine lange Zeitspanne danach außerordentlich wich-

tig ist. Für diese Familien gibt es ganz einfach keine Alternative, welche die Vorteile hinreichender Hygiene, hinreichenden Nährwerts und finanzieller Tragbarkeit vereinigt.(...) Dies weist auf die außerordentliche Wichtigkeit hin, mit allen möglichen Mitteln der Tendenz entgegenzuwirken, die Stillzeit zu verkürzen."

Daß sich Professor Vahlquist nicht zum Nestlé-Kronzeugen eignet, hätte Nestlé eigentlich den Gerichtsakten entnehmen können. Dort befindet sich nämlich ein Brief, in dem er bereits im Dezember 1974 einem Mitglied der Arbeitsgruppe Dritte Welt folgendes geschrieben hat: „Ich kann die Verkaufsförderungsmethoden für Babymilch, wie sie heute die Mehrzahl der Milchfirmen in den Entwicklungsländern anwendet, nicht akzeptieren. Es mag undurchführbar sein, diese Methoden über Nacht zu ändern, aber es muß sich durch Taten eine klare Bereitschaft zeigen, rasch sich einer neuen Betrachtungsweise anzupassen, in der jedes „poverty baby" in einem Entwicklungsland, das vor dem sechsten Altersmonat entwöhnt wird, als ein „Notfall" angesehen wird. Wenn keine solche rasche freiwillige Anpassung stattfindet, so muß eine gesetzliche Regelung bezüglich Werbung für Babymilch ernsthaft in Betracht gezogen werden."

Dies präzisiert er im Hinblick auf die Firma Nestlé folgendermaßen:

„ Da Sie insbesondere nach der Firma Nestle fragen, möchte ich hinzufügen, daß das, was soeben im allgemeinen gesagt wurde, meiner Meinung nach auch für dieses weltweite Unternehmen gilt. Das bedeutet, daß eine Analyse der zur Zeit gängigen Werbemethoden für Babymilch notwendig ist, die von mehreren bedeutenden Änderungen gefolgt werden muß."

Viel Raum im Vortrag von Dr. Müller nimmt die Beweisführung ein, daß in Entwicklungsländern zu niedriges Geburtsgewicht eine verbreitete Erscheinung sei, und daß die Sterblichkeit für diese Kinder bedeutend größer sei.

Es ist richtig, daß untergewichtige Säuglinge im Mittel die größere STerblichkeit aufweisen, als normalgewichtige. Der Grund ist darin zu suchen, daß solche Kinder eine geringere Widerstandskraft gegen Infektionen besitzen. Es ist daher höchst zweifelhaft, ob Ergänzungsnahrung in Form von Pulvermilch in den ersten Lebensmonaten eine positive Rolle spielen kann, weil Saugflaschen in unbefriedigenden hygienischen Verhältnissen zu große Infektionsrisiken in sich bergen.

In der Tat konnten denn auch viele Autoren keine günstigen Wirkunden von zusätzlicher Nahrung feststellen.

Die Anstrengungen müssen daher auf die Prophylaxe von zu kleinem Geburtsgewicht gerichtet werden.

Die große Zahl der untergewichtigen Säuglinge bei der Geburt hat viele Gründe. Zwei davon spielen in unserem Zusammenhang eine Rolle: unbefriedigender Ernährungszustand der Mutter während der Schwangerschaft, und ein zu geringer zeitlicher Abstand zwischen den Geburten. Eine Prophylaxe hat daher zu achten auf

- ausreichende Ernährung der Mutter während der Schwangerschaft und
- genügender zeitlicher Abstand zwischen zwei Geburten („birth spacing"),damit sich die Mutter erholen und regenerieren kann.

Auf beide Forderungen hat die gängige Reklame für Pulvermilchprodukte einen äußerst negativen Einfluß:

- Wenn ein beträchtlicher Teil des Familieneinkommens für teure industrielle Importprodukte für das jüngste Familienmitglied verschwendet wird, so bleiben für die übrigen Mitglieder, insbesondere für die Mutter, nicht mehr genügend Mittel zu einer adäquaten Ernährung.
- Das Stillen hat eine empfängnisverhütende Nebenwirkung, eine Tatsache, die zwar seit alters her bekannt ist, deren Ursachen aber erst heute langsam begriffen werden. So zeigte eine Untersuchung aus Ruanda, daß die Hälfte aller nicht stillenden Mütter bereits nach etwas mehr als einem Jahr wieder ein Kind gebar, während diese Zeitspanne bei stillenden Müttern 2 1/4 Jahre betrug.

Alan Berg, Vizedirektor der Weltbank, schätzt, daß in Indien jährlich 5 Millionen Schwangerschaften allein durch Stillen verhütet werden.

Wenn die Verbreitung der Babymilch auf die unterprivilegierten Schichten zunimmt, so muß in Zukunft mit mehr Säuglingen mit zu kleinem Geburtsgewicht gerechnet werden.

Nestlés drittes Argument behauptet, die Muttermilch reiche oft nicht aus, weil die Mütter selber unterernährt seien, und zu wenig Milch hätten.





Ein Inserat aus der ostafrikanischen Zeitschrift "Afya", die sich an medizinisches und paramedizinisches Personal richtet.

NAHRUNGSSUPPLEMENT FÜR DIE MUTTER, NICHT FÜR DAS BABY!

Daß schlecht ernährte Frauen weniger Milch haben als gut ernährte, ist an sich eine unbestrittene Tatsache. Nestlé bläht dieses Problem aber zu geradezu grotesken Dimensionen auf: Dr. Müller behauptet in seinem Vortrag, schlecht ernährte Mütter könnten ihre Kinder überhaupt nicht in adäquaten Mengen stillen, und gut ernährte bestenfalls drei oder vier Wochen lang!

Diese Behauptung beruht auf völlig willkürlichen theoretischen Annahmen über die Nahrungsbedürfnisse des Säuglings; träfe sie zu, so wäre die Menschheit vor vielen tausend Jahren ausgestorben, denn in allen Gesellschaften vor der westlichen Industriegesellschaft lebte der Säugling etwa sechs Monate ausschließlich von Muttermilch.

In Wirklichkeit ist unsupplementiertes Stillen für eine viel längere Zeitdauer, als es Dr. Müller wahrhaben will, die adäquate Nahrung. Als Beurteilungsmaßstab hierzu kommen Indikatoren wie Gewichtsverlauf, allgemeiner Gesundheitszustand, Fehlen von Unterernährung etc.in Frage; als wichtigster hat sich der Gewichtsverlauf erwiesen. Es zeigt sich, daß in Ländern mit befriedigender Ernährungssituation ausschließliches STillen 6 Monate lang genügt. Auch in vielen Ländern Afrikas und in Indien zeigen Studien einen befriedigenden Verlauf der Gewichtskurven fürdie ersten 5 bis 6 Monate. Aus einer dieser Studien sind die folgenden Sätze des indischen Pädiaters Gopalan beherzigenswert: „Die bemerkenswerte Fähigkeit armer Mütter, ihre Kinder erfolgreich und lange Zeit zu stillen, ist eines der erfreu-

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

lichsten Merkmale der Ernährungssituation der indischen Gesellschaft. Diese befriedigende Situation bei der Laktation muß als wichtiger Aktivposten bewahrt und beschützt werden."

Studien a Neuguinea, Äthiopien und Tanzania zeigen überdies, daß auch bei schlechter Ernährungslage der Bevölkerung das Stillen 4 Monate lang ausreichend ist.

Für Nestlé ist die logische Folge ungenügender Muttermilch eine „Supplementierung" mit Kuhmilchderivaten aus der Saugflasche. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Saugflaschennahrung als „Supplement" hat einen Rückgang der mütterlichen Milchproduktion zur Folge. Diese wird nämlich vom Saugreflex des Babys gesteuert: fehlt er (z.B. wenn der Säugling von der Flasche her schon satt ist), so geht sie zurück.

Als Schlußfolgerung kann gesagt werden, daß keines der von Nestlé aufgeführten Argumente eine Werbung für Saugflaschenmilch, wie sie im Jahrzehnt vor dem Nestlé-Prozeß in Entwicklungsländern betrieben wurde, auch nur im entferntesten rechtferigen kann.

DIE ERSTEN ERFOLGE DER KAMPAGNE GEGEN NESTLE

An der Pressekonferenz nach der ersten und zweiten Prozeßrunde beklagte sich Nestléboss Fürer über die Methoden der Dritte Welt Gruppen: „Der Titel „Nestle tötet Babys" und die seit unserer Ehrverletzungsklage entfesselte, für sachlich denkende Menschen bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Propaganda mit Hilfe von Pressekonferenzen, Radio, Television und Film mit einer einseitigen und verzerrten Darstellung des Problems zeigen deutlich, daß man nicht Information anstrebt, sondern Diffamation: daß man nicht dazu beitragen will, ein schwieriges Problem zu lösen, sondern sich vor allem über die Gelegenheit freut, eines dieser kapitalistischen Gebilde angreifen zu können in der Hoffnung, genügend Dumme zu finden, die das nicht merken."

Tatsache ist jedoch, daß erst der öffentliche Druck im Verlaufe des Prozesses zu ersten Resultaten führte. Seit 1970 warnen Fachärzte vor der aggressiven Babymilchwerbung in Entwicklungsländern und forderten eine freiwillige Selbstbeschränkung der Firmen. Der geforderte „Dialog" zog sich unter der Ägide einer UNO-Fachkommission (UNPAG) jahrelang hin und führte hauptsächlich zu hochtönenden Absichtserklärungen seitens der Milchfirmen. Diese, allen voran Nestle, verstärkten gleichzeitig ihre Werbetätigkeit beträchtlich. Erst seit sich im Verlaufe der Ehrverletzungsklage die Öffentlichkeit mit dem Praktiken der Babymilchfabrikanten befaßte, sind die Unternehmer gezwungen, sich ernsthaft mit dem Problem auseinanderzusetzen. Nicht zufällig wurde gleichzeitig von den Babymilchherstellern ein Moralkodex angekündigt, der Mißbräuche in der Werbung verhindern soll. Allerdings ist er so unverbindlich formuliert, daß er wohl eher eine Alibiübung darstellt.

Viel wirkungsvoller als solche bewußt weich und vage formulierten Verhaltensrichtlinien sind jedoch Maßnahmen, wie sie bereits die Regierung von Guinea-Bissau angekündigt hat:

DIE REGIERUNG GREIFT DURCH; REZEPTPFLICHT FÜR BABYMILCH UND SAUGFLASCHEN

Das FOlgende ist ein Ausschnitt aus der Zeitung „No Pintcha" vom 15.4.76: „Wir haben vom Staatsministerium für Gesundheits- und Sozialwesen folgendes Rundschreiben erhalten, mit dem Auftrag, es zu veröffentlichen:
Angesichts der hohen Kindersterblichkeit wegen Diarrhoen, die vom Gebrauch und Mißbrauch von Saugflaschen herrühren, welche mangels Kenntnissen falsch zubereitet werden, hat das Staatsministerium für Gesundheits- und Sozialwesen folgendes angeordnet:
1) Der Verkauf von Säuglingsmilch darf ausschließlich in Apotheken erfolgen und nur gegen ärztliches Rezept. Verordnung und Name des Arztes müssen gut lesbar sein.
2) Die gleiche Formalität wird auch beim Verkauf von Saugflaschen AUS GLAS verlangt - der Verkauf von Plastiksaugflaschen ist verboten, weil diese eine geringere Garantie für korrekte Sterilisierung bieten.
Es wird an die gesamte Bevölkerung appeliert, ohne Ausnahme an der Durchführung der Verordnung teilzunehmen, hinter der das Interesse steht, unsere Kleinkinder zu schützen."

